

Bezugspreis:

Stetsjähr. 7,50 M., monatl. 2,50 M., freies Haus voranzahlend. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezugs Monatspreis 2,50 M., exkl. Postgebühren. Unser Anzeigenteil für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 1,75 M., für das übrige Ausland 2,75 M., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 M. Postbestellungen nehmen an: Dörmann, Hollatz, Luxemburg, Schwaben und die Schweiz. Eingetragen in die Subskriptions-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich, zweimal Sonntag, einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtzeilige Normalezeile kostet 1,00 M. „Kleine Anzeigen“, das ist, gedruckt 50 Zeilen (zweifach 2 festerdruckte Worte), jedes weitere Wort 20 Pf. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Sonstige über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Tauerungszuschlag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen 1,20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gebühren von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 11. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Der 1. Mai als Nationalfeiertag.

Die am Donnerstag abgehaltene Vollversammlung des Staatenausschusses hat der Einbringung eines Gesetzes für Festlegung des 1. Mai als Nationalfeiertag an die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung zugestimmt.

Soll der Frieden so aussehen?

Paris, 10. April. Nach dem diplomatischen Situationsbericht hat der Vizeerrat gestern die von dem Redaktionsausschuss vorbereitete Formel für das Statut des Saarbeckens geprüft und in ihrer Gesamtheit angenommen. Diese Formel gibt Frankreich politische und administrative Garantien, die keine Rückschlüsse zulassen.

Morgen wird der Vizeerrat die Prüfung der Frage der Wiedergutmachung wieder aufnehmen und den Bericht besprechen, der durch die Finanzkommissionen auf folgender Basis festgesetzt wurde: 1. Sofortige Zahlung von 25 Milliarden Entschädigung durch Deutschland, zahlbar in Gold, in Rohmaterialien und in Guthaben im Ausland. 2. Zeichnung eines Gutscheines durch Deutschland, welches die einseitige Forderung der Alliierten auf 150 Milliarden anerkennt. 3. Zahlung von Jahresrenten ab 1919, welche jedes Jahr festzusetzen sind, die aber nicht niedriger sein dürfen als ein im Vertrage vorgesehener Mindestbetrag.

Wir können nicht annehmen, daß es in Paris wirklich erwachsene Menschen gibt, die des Glaubens sind, auf solcher Basis einen dauerhaften Frieden aufzurichten zu können.

Geplante Besetzung von Griesheim.

Frankfurt a. M., 10. April. (Telefon.) Die Franzosen haben nach Griesheim a. Main die Mitteilung gelangen lassen, daß sie am kommenden Sonntagabend den Ort besetzen werden, um ein Uebergreifen der bolschewistischen Bewegung von Frankfurt a. M. auf den Kreis Höchst, der bekanntlich von den Franzosen besetzt ist, zu verhindern. Von zutändiger Stelle ist bei der Waffenstillstandskommission in Spa gegen die beabsichtigte Besetzung Einspruch erhoben worden.

Verstaatlichung der Kohlenbergwerke in England.

Amsterdam, 10. April. Der Mitarbeiter der „Times“ für Arbeiterfragen schreibt, daß die Verwalterbesitzer den Plan der gemeinschaftlichen Verwaltung der Kohlenbergwerke aufgegeben haben und bereit sind, ihre Kohlenbergwerke verstaatlichen zu lassen, wenn das Parlament ihnen eine genügende Entschädigung zuerkennt.

Bolschewistendebatte im Unterhaus. Keine Verhandlungen mit Lenin.

Amsterdam, 10. April. Einer Neutermeldung aus London zufolge erklärte im Unterhaus der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Short in der Diskussion über die angelegte Eröffnung von Friedensverhandlungen durch Lenin, in England befänden sich Agenten der Bolschewisten, die man schwer fassen könne, die aber sorgfältig überwacht würden. Großbritannien sei durchaus bereit, mit einer rechtmäßigen stabilen Regierung, die Rußland vertrete, zu verhandeln. Wenn es sich jedoch um eine Rotte blutdürstiger Mörder handle, sei man berechtigt zu erklären, daß man mit diesen Menschen nicht verhandeln wolle.

Quartermore sagte, der britischen Delegation in Paris liege kein Vorschlag von Lenin vor, und er glaube zu wissen, daß kein endgültiger Vorschlag Lenins nach Paris überreicht worden sei. Nach seiner Ansicht sei das unbestimmte Gerücht, daß Lenin zu Verhandlungen bereit sei, deutsche Masche.

Short erklärte, daß er Lloyd George die einmütige Ansicht des englischen Unterhauses, daß mit Lenin nicht verhandelt werden sollte, übermitteln werde. Die Ausführungen Short's fanden großen Beifall.

Ententevereinbarung zum Schutz der Kultur.

S Haag, 10. April. Holländisch Riewis-Bureau meldet aus Paris: Bei der Unsicherheit, die durch den Zustand in Osteuropa und durch die innere Krise in Deutschland entstanden ist, besteht bei den alliierten Regierungen Neigung, sämtliche Entente-Mächte und die Vereinigten Staaten zu einem Verbände zum Schutze der allgemeinen Interessen der Kultur zusammenzuschließen.

Die Räumung von Odessa bestätigt.

S Haag, den 10. April. (S. R.) Neuter berichtet aus Paris: Die Meldung von der Räumung Odessas durch die Alliierten wird bestätigt.

Räterepublik Westfalen.

Ein vereiteltes Handreich.

Münster, 10. April. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach verschiedenen Gerüchten war im Ruhrrevier die Ausrufung der Räterepublik geplant. Sie sollte in der Nacht zum heutigen Tage erfolgen. Durch entsprechende Maßnahmen, besonders durch die Besetzung von Essen ist diese Absicht vereitelt worden. Siebzehn an dem Plan beteiligte Personen sind verhaftet.

Sturz der Unabhängigen durch die Kommunisten?

München, 10. April. Nach einem beim 3. A. M. eingelaufenen Telegramm aus München sollen die Kommunisten die bisherige Regierung der Unabhängigen gestürzt und die Gewalt an sich gerissen haben. Das Militär stehe auf Seiten der Regierung Hoffmann. Der größte Teil der Münchner Bevölkerung warte nur auf einen Anstoß von außen. Die wirtschaftliche Lage Münchens habe sich verschlimmert.

Bei der bamberger Regierung liegt eine Bestätigung dieser Meldung nicht vor.

Südbayerische Sozialdemokratie und Räteregierung.

Unabhängige Stimmungsmache.

Die Auffassung, daß der südbayerische Gau der Mehrheitssozialisten sich grundsätzlich für die Räterepublik erklärt habe, ist falsch. Im Gegenteil wurden bei einer namentlichen Abstimmung über die Erklärung der Räterepublik 218 Stimmen dagegen und nur 30 Stimmen dafür abgegeben. Bei einer zweiten Abstimmung, die das Einverständnis mit der Errichtung einer Räterepublik Bayern zum Ausdruck bringen sollte, unter der Voraussetzung, daß die drei sozialistischen Gruppen sich zu einem gemeinsamen Programm und gemeinsamen Vorgehen zusammenfinden würden, ergab sich eine zustimmende Mehrheit. Da aber die Voraussetzung dieses Beschlusses nicht eingetroffen ist, so kann auch dieser Abstimmung keine grundsätzliche Bedeutung zugeschrieben werden. Darüber hinaus aber ist festzustellen, daß der südbayerische Gau eine endgültige Entscheidung über die Räterepublik der Landesversammlung zugewiesen hat und zu diesem Zwecke auch für die Landesversammlung Delegierte entsandte. Diese Landesversammlung hat dann mit 47 gegen 3 Stimmen die Errichtung der Räterepublik Bayern abgelehnt. Die Behauptung, daß die Südbayern sich für die Räterepublik erklärt hätten, ist demgemäß in das Gebiet der politischen Fabel oder richtiger wohl in das Arsenal der gefälschten Agitationsmittel der Unabhängigen zu verweisen.

Professor Jaffe ersucht die „Münchener Post“ zu erklären, daß sein Name unter den Kandidaten für die Regierung der Volksbeauftragten zu unrecht genannt werde. Er habe auch nicht daran gedacht, einem Ersuchen, an der Regierung teilzunehmen, stattzugeben, da er sich mit den Ereignissen der letzten Tage nicht solidarisch fühle. — Auch unabhängige Stimmungsmache!

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei erklärt eine Bestätigung, daß er seinen Sitz nach Bamberg verlegt hat.

Der Generalstreik im sächsischen Kohlenrevier. Schutzmaßnahmen der Regierung.

Nach einer Meldung aus Zwickau haben die Streikenden in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung für Donnerstag den Generalstreik beschlossen. Der Streik, der ursprünglich wegen unzureichender Entlohnung eingeleitet war, nimmt immer mehr politischen Charakter an, als dessen Urheber hiesige Kommunisten anzusehen sind. In einem heute vormittag veranstalteten großen Demonstrationsumzug wurden Plakate mitgeführt, welche zum Anschluß an die Sowjetregierung in Rußland und Ungarn auffordern. Die hiesigen Mehrheitssozialisten verhalten sich nach wie vor ablehnend zu dem Generalstreik.

Nach Mitteilungen, welche die sächsische Regierung aus zuverlässiger Quelle erhalten hat, sind Spartakisten im sächsischen Kohlenrevier eifrig dabei, nicht nur die Bergleute zum Streik aufzufordern, sondern unter Anwendung oder Androhung von Gewalt die Werke stillzulegen. Die Regierung hat sich deshalb gezwungen gesehen, zum Schutze der Schächte und der Arbeiter Truppen in das Kohlenrevier zu entsenden, um der beabsichtigten Zerstörung der Gruben vorzubeugen. Die Arbeiter selbst haben die Regierung zum Schutze vor dem Terror der Spartakisten gebeten. Die Truppen sind bereits unterwegs.

Der Reichspräsident.

Antragrecht und Volksabstimmung.

Weimar, 10. April. Der Verfassungsausschuß hat in seinen beiden letzten Sitzungen festgestellt, daß von der Wahl zum Reichspräsidenten die Mitglieder der früheren Regierungsfamilien in Deutschland ausgeschlossen sein sollen. Wenigstens ging der sozialdemokratische Antrag auf dieses allgemeine Verbot hinaus. Die Demokraten hatten an diesen sozialdemokratischen Antrag Anstoß genommen und sich anfänglich geweigert, ihm beizutreten. Nachdem sie durch die sozialdemokratischen Redner auf die Gefahr der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages hingewiesen worden waren, erklärten sie sich bereit, für eine Uebergangszeit von 15 Jahren dieses Verbot auszusprechen. Da der sozialdemokratische Antrag ein allgemeines Verbot herzustellen, infolge des geschlossenen Widerstandes der bürgerlichen Parteien, nicht durchzuführen war, stimmten die Sozialdemokraten schließlich für die Festlegung der demokratischen Uebergangszeit, so daß also in die Verfassung Artikel 61 die Bestimmung hineingekommen ist, daß die Mitglieder der früheren landesherrlichen Familien für die ersten 15 Jahre von der Wahl zum Reichspräsidenten ausgeschlossen sind. Die Konservativen und Nationalliberalen erklärten sich gegen diesen Antrag mit der Begründung, daß er ein Ausnahmegesetz enthalte und sie Ausnahmengesetze nicht zustimmen könnten. Das Zentrum trat dieser Begründung bei.

Die Amtsdauer des Reichspräsidenten ist von der Vorlage auf sieben Jahre bemessen worden. Die Sozialdemokraten beantragten 5 Jahre und den Zusatz, daß eine Wiederwahl des Reichspräsidenten nur einmal stattfinden dürfe, während die Vorlage die Wiederwahl allgemein für zulässig erklärt. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner ein nationalliberaler Antrag, zum erstenmal die Wahl des Reichspräsidenten auf drei Jahre festzusetzen und erst später auf sieben Jahre. Die Begründung des Antrages ging dahin, daß nach Ansicht der Nationalliberalen, denen auch die Konservativen zustimmten, nach drei Jahren eine gewisse Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland stattgefunden haben würde, und daß daher alsdann eine Neuwahl des Reichspräsidenten vorgenommen werden müsse. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Frist von sieben Jahren des Entwurfs wurde angenommen. Außerdem wurde nach dem Entwurf festgesetzt, daß vor Ablauf der Wahlfrist der Reichspräsident auf Antrag des Reichstages durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden kann.

Für einen solchen Reichstagsbeschluss ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Die Ablehnung der Ablehnung des Reichspräsidenten durch die Volksabstimmung gilt dann als Neuwahl des Reichspräsidenten und hat die Auflösung des Reichstages zur Folge. Außerdem wurde hier ein Zusatzantrag angenommen, der sich mit der strafrechtlichen Verfolgung des Reichspräsidenten beschäftigt. Die Konservativen beantragten, daß der Reichspräsident während seiner Amtszeit überhaupt nicht strafrechtlich verfolgt sein soll. Die Sozialdemokraten wollten für den Reichspräsidenten einen anderen Schutz haben als für die Abgeordneten des Reichstages. Die Demokraten beantragten, daß der Reichspräsident ohne Zustimmung des Reichstages strafrechtlich nicht verfolgt werden dürfe. Dieser letzte Antrag wurde angenommen. Damit waren die Artikel, die sich mit dem Reichspräsidenten beschäftigen, erledigt.

Man ging nun auf die sozialdemokratischen Anträge ein, die sich mit der direkten Gesetzgebung durch das Volk beschäftigen. Eine solche direkte Gesetzgebung wird von der Regierungsvorlage im allgemeinen nicht vorgeschlagen. Die sozialdemokratischen Anträge sind daher ein Novum und werden vielleicht als besonderer Abschnitt der Verfassung eingefügt werden, wenn sie die Zustimmung des Ausschusses finden. Die Sozialdemokraten haben fünf Artikel vorgeschlagen, die sich mit der Frage des Referendums und der Initiative (der Volksabstimmung und des Antragsrechtes durch das Volk) beschäftigen. Inhaltlich besagen diese Artikel der Sozialdemokraten, daß der Reichstag durch Volksabstimmung aufgelöst werden kann. Die Frage der Auflösung ist dem Volk dann vorzulegen, wenn ein Fünftel der zur Zeit der letzten Reichstagswahl Stimmberechtigten es begehren sollte. Das Referendum wird von den Sozialdemokraten in der Weise vorgeschlagen, daß Gesetze oder Teile von solchen nach der Zustimmung des Reichstages binnen zwei Monaten zur Volks-

abstimmung zu bringen sind, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es begehrt. Handelt es sich um Steuer- und Abgabengesetze, so muß das Begehren von einem Zehntel der Stimmberechtigten gestellt werden. Diese Abstufung zwischen ein Zwanzigstel und ein Zehntel wird von den Sozialdemokraten aus dem Grunde vorgeschlagen, damit es denjenigen kapitalistischen Schichten, die an den neuen Steuern besonders interessiert sind, nicht zu leicht gemacht wird, die Stimmenzahl für das Referendum aufzubringen.

Die Sozialdemokraten schlagen zum Referendum ferner vor, daß alle Gesetze, die eine Änderung der Verfassung bewirken, der Volksabstimmung zu unterwerfen sind. Sie bedürfen für ihre Annahme dann auch einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmenden, genau wie auch im Reichstag selber Verfassungsänderungen nur von zwei Dritteln beschlossen werden können. Das Recht der Initiative des Volkes, also des Einbringen von Gesetzesentwürfen durch das Volk wird von der Sozialdemokratie in der Weise vorgeschlagen, daß eine Volksabstimmung stattzufinden hat, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfes einbringt. Handelt es sich in diesem Falle der Initiative um eine Verfassungsänderung, so muß das Begehren von ein Zehntel der Stimmberechtigten gestellt werden. Alle diejenigen Gesetze, die vom Volk begehrt werden, sollen vor der Volksabstimmung der Beratung des Reichstages unterliegen.

In dem letzten der von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Artikel über Referendum und Initiative wird dann noch mitgeteilt, daß über den Haushaltsplan niemals eine Volksabstimmung stattzufinden hat. Diese Bestimmung steht im Einklang mit allen Gesetzen, die in denjenigen Staaten erlassen worden sind, die bisher das Referendum oder die Initiative kennen gelernt haben.

Zu dieser ganzen Materie ist zu bemerken, daß in Deutschland bisher erst Baden und Württemberg das Referendum und die Initiative in die neue republikanische Verfassung eingefügt haben. In Baden wird am nächsten Sonntag die neue Verfassung einer Volksabstimmung unterliegen.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach über diese Anträge in längerer Rede der Abg. Reil. Es wurde vom Ausschuss in Aussicht genommen, daß die Frage des Referendums und der Initiative noch bis zum Sonnabend erledigt sein möchten. Aber es ist nicht anzunehmen, daß dieser Plan gelingen kann, denn durch die Plenarsitzungen der Nationalversammlung wird die Beratungszeit des Ausschusses auf die knappen Stunden von morgens 9-11 Uhr zusammengedrängt. Da nur noch aus der Regierungsvorlage die Artikel über die Reichsregierung und ihre Befugnisse zu beraten sind, so ist nicht anzunehmen, daß der Ausschuss vor Ostern noch an die große wichtige und neue Aufgabe der direkten Gesetzgebung durch das Volk herantreten wird. Infolgedessen haben die Organisationen der Parteien und die weiteren Volksschichten während der beiden Osterwochen Gelegenheit, sich über dies von den Sozialdemokraten angeführte, wichtige und bedeutungsvolle Thema auszusprechen.

Ferner ist noch anzufügen, daß der Nationalliberale Abgeordnete Kahl, der Berliner Professor des Strafrechts, sich bitter beklagt hat über die Eile und die Hast der Verfassungsausschüsse, mit der der Verfassungsausschuss arbeitet. Es sei nicht möglich, bei diesem Tempo eine gewissenhafte Arbeit zu leisten. Das Volk draußen ist, wie ja jeder weiß, anderer Meinung und wünscht eine Beschleunigung der Arbeiten des Verfassungsausschusses. Die Sozialdemokraten haben infolgedessen beantragt, daß in die nächste Woche hinein von dem Ausschuss getagt werden soll. Die bürgerlichen Parteien sind aber nicht geneigt, diesem sozialdemokratischen Antrag beizutreten. Infolgedessen wird der Verfassungsausschuss wahrscheinlich auch am Sonnabend mit seinen Beratungen Schluß machen und erst nach Ostern wieder beginnen.

Dann wird auch die Frage des Referendums und der Initiative, zu der die Demokraten einen kurzen Antrag eingebracht haben, in ausführliche und sachliche Behandlung genommen werden müssen.

Zimmerlin ist es sehr bedauerlich, daß die Erledigung dieser grundlegenden Verfassungsarbeiten nicht noch vor Ostern erfolgt. Es hat sich schon anlässlich des Sozialistengesetzes gezeigt, daß die Ruhe, die sich die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung bei Erledigung brennender Zeitforderungen gönnt, im Gegenteile zur Ungebuld der Massen steht, die schnelle und gründliche Arbeit verlangen.

Die Regierung zum Streik in der Metallindustrie.

Gesetzliches Mitbestimmungsrecht der Angestellten. — Warnung zur Wiederaufnahme der Arbeit.

An die Zentralstreikleitung der Angestellten in der Berliner Metallindustrie hat namens der Reichsleitung Direktor Krüger am heutigen Tage folgendes Schreiben gerichtet:

Nach den mir zugegangenen Mitteilungen ist in dem Streik der Angestellten der Berliner Metallindustrie am 9. d. M. vor dem angerufenen Schlichtungsausschuss einstimmig ein Schiedsspruch gefällt worden. Nach Festsetzungen und sonstigen Mitteilungen begegnet die Annahme dieses Schiedspruches in weiten Kreisen der beteiligten Angestellten lebhaften Widerstand wegen der nach Ansicht der Angestellten völlig unzureichenden Regelung ihres Mitbestimmungsrechts bei Kündigungen, Entlassungen und Einstellungen.

Die Möglichkeit, daß durch Nichtannahme des Schiedspruches eine Fortsetzung und weitere Verschärfung des Streiks, sowie ein Ubergreifen auf andere Angestelltenkategorien herbeigeführt wird, würde für unser ganzes Wirtschaftsleben von den schwerwiegendsten Folgen sein. Es besteht die Gefahr, daß die ganzen Betriebe dadurch zur Arbeitseinstellung veranlaßt,

die Arbeitslosigkeit ungeheuer vergrößert, die Produktion in geradezu gefährlicher Weise gestört und damit die eben aufgenommenen Beziehungen zum Auslande, zur Beschaffung von Rohmaterialien und vor allen Dingen von Lebensmitteln von vornherein ausfallend werden. Um alles zu tun, was zu einer schnellen Lösung dieses Konfliktes führen kann, hat die Reichsregierung mich beauftragt, den Streikenden folgende Erklärung über ihre Stellung zu der künftigen Frage abzugeben:

Die Stellung der Regierung zu der Forderung der Angestellten, nach Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung von Angestellten, wird schon beantwortet durch den vor einigen Tagen veröffentlichten § 84 der Verfassung. Dieser Paragraph, der die Verankerung der Räte in der Verfassung zum Zweck hat, erkennt den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses zu. Dornier wird in erster Linie vorhanden werden die Mitwirkung bei der Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse, bei der Entlassung und Einstellung. Das im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung befindliche Arbeitsrecht wird diese in dem Verfassungsparagraphen enthaltenen Gedanken ausführlich festlegen.

Es wird bestimmt, daß Kündigungen und Entlassungen nur nach vorheriger Zustimmung des Angestelltenausschusses oder bei Nichteingang des Schlichtungsausschusses vorgenommen werden dürfen. Bei Neueinstellungen von Personal soll dem Ausschuss das Recht des Einspruchs zustehen, über den, im Falle eine Verteidigung nicht zustande kommt, der Schlichtungsausschuss entscheidet.

Danach wird in kürzester Zeit das Mitbestimmungsrecht der Angestellten im Arbeitsverhältnis so geregelt werden, wie es den berechtigten Forderungen der Angestellten und den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Die Regierung ist entschlossen, sich für die Durchsetzung dieser Grundsätze mit allen Mitteln einzusetzen.

Die Reichsregierung richtet angesichts ihres festen Willens, den berechtigten Wünschen der Angestellten Rechnung zu tragen, an die streikenden Angestellten den dringenden Appell, sich nunmehr ihrer

Verantwortung gegenüber der Gesamtheit bewußt zu sein, die Arbeit ungestört wieder aufzunehmen und damit die drohenden Gefahren von unserem Wirtschaftsleben abzuwenden.

Verhaftungen im Ruhrrevier.

Aufreizung zur Sabotage.

Dortmund, 10. April. (Eigener Drahtbericht des „Vortwärts“.) Sechs Mitglieder des Generalkomitees sind verhaftet worden. Sie haben sich der Propaganda für Sabotage (Erschlagenlassen der Schächte durch Einstellen der Notstandsarbeiten) schuldig gemacht. Spartakisten und gestiefeltes Unabgängige forderten in Belegschaftsversammlungen auf, die Zeichen kopiert zu lassen, wenn nicht alle Forderungen bewilligt werden. Im Bochumer Bezirk tut sich als Fanatiker besonders der Parteisekretär der Unabgängigen hervor, der auch Mitglied des Zentralstreikkomitees ist. Die spartakistische unabhängige Zeitung „Die Freiheit“ (Mülheim) schreibt: Die Industrie müsse unter Umständen vernichtet werden, um auf dem Trümmerhaufen ein neues Gebilde erheben zu lassen. Hier gelte das feste Wort des bekannten Ruffen Bokunin: Die Luft der Herrschaft ist eine schaffende Luft. In diesem Sinne wird unter den Bergleuten nun Stimmung für Einstellung der Notstandsarbeiten gemacht, trotz des Appells und der Warnung des Rätekongresses, obgleich man weiß, daß Leben und Tod von Millionen schon halbverhungerten Menschen davon abhängen, daß die Kohlenindustrie lebensfähig bleibt. Kann der jetzt eingetretene militärische Schutz die Fortsetzung der Notstandsarbeiten nicht erreichen, dann bricht bald eine Reihe von Zeichen zusammen und das Leben unzähliger Menschen ist damit auch vernichtet.

In der gestrigen Konferenz des Arbeitsministers Bauer mit dem Zeichenverband und den vier Bergarbeiterorganisationen wurde festgestellt, daß das aus Unabgängigen und Spartakisten bestehende Generalkomitee noch keine Forderungen den Zeichenbesitzern, auch nicht den in Betracht kommenden Regierungskreisen überreicht hat! Diese ungeheuerliche Tatsache beweist ebenfalls, daß dieser Streik von Subjekten organisiert ist, die das ganze Volk ins Verderben stürzen, nicht aber berechtigte Arbeiterforderungen zur Anerkennung bringen wollen. Arbeitsminister Bauer und die Vertreter der Bergarbeiterverbände haben nach stundenlangem Aussprache die Verleumdungen bezogen, den Zeichenbundtag einschließlich der Ein- und Ausfahrt für Untertagsarbeiter ohne Lohnabzug zu bewilligen. Damit haben die Ruhrbergleute die kürzeste Arbeitszeit unter allen Bergleuten der Welt erhalten. Die Unternehmer erklären, die Kohlenkrise würde durch diese Schlichterlösung noch sehr verschärft werden. Auch die Erhöhung des Krankengeldes und der Knappschaftsbeiträge wird alsbald eintreten. Somit wären die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Forderungen erfüllt.

Die Lage im Reich.

In Bayern ist die Situation im allgemeinen unverändert. Würzburg befindet sich fest in der Hand der Regierung Hoffmann. Die Gefangenensituation von Sauber und Jagmeister wird bestätigt.

In Braunschweig geht der Generalkrieg weiter. Die Eisenbahnverkehr ist auch am Donnerstag nicht.

In Ludwigsbafen sind die kaufmännischen Angestellten der Wobliken Kallin- und Sodafabrik wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Angestellten von drei weiteren chemischen Fabriken haben den Sympathiestreik erklärt.

Nach einer Meldung aus Berlin (C. Sch.) wurden Mannschaften, die als militärische Hilfe zum Schutz der Lebensmitteldépôts nach Friedenschütze in Marsch gesetzt waren, daselbst von der aufgeregten Menge beschimpft und tätlich angegriffen. In äußerster Bedrängnis gaben die Führer Befehl zum Feuer. Bisher wurden 5 Tote und einige Verwundete gezählt.

In Hannover fand eine von etwa 5000 Personen besuchte Versammlung der Spartakisten für Errichtung einer Räterepublik statt, an die sich ein Demonstrationzug anschloß.

In Magdeburg ist die letzte Nacht ruhig verlaufen. Es wurde infolgedessen eine Rüdierung des Belagerungszustandes angeordnet.

reichlich hat. Die weitestgehende Aufhebung der Blockade, die Versorgung mit Lebensmitteln, die Verhinderung einer Dohypothese und Entlassung, wozu man den Waffenstillstand geradezu systematisch ausnützte, hätte das Gleichgewicht im Denken und Fühlen wiederherstellen können. Unverstand und Verblendung haben es nicht zugelassen.

In einer genaueren Erörterung der Lieferungsbedingungen, die in dem Brüsseler Vertrag festgelegt worden sind, kommt Geheimrat Kubner zu dem Schluß, daß auch jetzt noch eine Aufbesserung des Ernährungszustandes der deutschen Bevölkerung nur in sehr unvollkommenem Maße möglich sein wird, daß vor allem die Arbeitsfähigkeit nicht im erforderlichen Umfang zunehmen und der Erfolg in sanitärer Hinsicht nur unvollkommen sein kann.

Notizen.

Der Verlag der Jüngsten. Der Leipziger Kurt Wolff-Verlag wird am 1. Oktober nach München übergeben und in den Gemeinbesitz seiner Angestellten einschließlich der Vektoren und des derzeitigen Inhabers übergeben.

Theater. Im Theater der Friedrichstadt findet am 12. April die Erstaufführung folgender vier Einakter statt: „Der Anschlag“, Stück von Wilhelm Kahl, „Die Dame ohne Veruß“, Skizzen von Ludwig Hirschfeld, „Die G'schamige“, Skizzen von August Reibhart und „Dauptiroffer Nr. 33“, Skizzen von W. Fischer.

Vorträge. Arnold Zweigs jüdische Tragödie „Die Sendung Semuels“, die Friedrich Röck am Montag, den 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Charlottenburger Schiller-Saal vorliest, ist die veränderte Bearbeitung von des Verfassers „Mittelmeer in Ungarn“ und folgt in der Fassung im wesentlichen den historischen Begebenheiten des Prozesses von Tizza Sgalar.

Musik. Sonntag, 13. April, abends 7 1/2 Uhr, im Wühner-Saal Konzert des Bläser-Orchesters. Dirigent: Paul Scheinffing. Programm u. a. Jungfernen. Ein Liebeskreis in deutscher Art für dreistimmigen Frauenchor und kleines Orchester. — Am 13. April, abends 7 1/2 Uhr, im Hindenburg-Schauspielhaus, Lippstadt, 76. Aufführung von Solisten der Berliner Opernkapelle, welche die Vielerlei vom Deutschen Opernhaus, Kurt Hammer (Bariton) aus Leipzig, Werke von Mozart, Handel, Adam, Schubert, Beethoven.

3. In Deutschland die Reichsfrage? Die Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins weist auf Artikel 40 des in Weimar beratenen Reichsverfassungsentwurfes hin, der den fremdsprachlichen Volksteilen des Reiches den freien Gebrauch ihrer Muttersprache sichert. Die genannte Zeitschrift stellt dann fest: über das Recht der deutschen Sprache im Deutschen Reich enthält der Verfassungsentwurf keine Bestimmung.

Die Zeitschrift hofft, daß diese Fülle von der Nationalversammlung ausgefüllt werden wird. Gewiß handelte es sich nur um eine vorläufige Unterlassung oder um die — freilich unrichtige und gefährliche — Auffassung, Selbstverständliches brauche nicht ausdrücklich gesagt zu werden.

Straßenkampf.

Von P. Haupt.

Produktionslähmung. Ein geschlagenes, in revolutionärem Umbau begriffenes Land. Beschäftigungslose Männer, zu Hause fortgeschleppt durch der Hausfrauen Klagen, Sorgen um Nahrung, Kofle, Licht, sogar Wasser, schlendern wüthend in den Straßen umher, fallen sich um Redner auf den Plätzen, gehen widerwillig, gereizt auseinander, wenn scharfe militärische Befehle dazu auffordern. Die Nacht bricht herein; mit ihr trauert aus den Höfen und Gassen der Großstadt Abschaum; schleichen durch die Straßen Raub, Verbrechen. Die Nacht ist erfüllt von verhaltenen, gährenden Geräuschen, von aufsteigenden Worten, die, gekommen aus der Finsternis, wieder verschlungen werden von ihr; ihre giftigen Keime aber in die Seele der Masse gesenkt haben. Gewitterschwüle bräutet das Dunkel, bräutet aus die tollsten Gerüchte, Krenge; Gewitterschwüle lastet auf den Seelen, bringt die Verwundung zum Sieden, zum Verbrennen in expansionstüchtigen unflares, lauernden Wollen. Vennahend die Wehen des klaren Denkens, raubt und stiehlt kaltililich das Gemüde, sich versteckend unter der Maske des rührenden Proletariats, zahlreich geworden durch vier Jahre Bogabundenleben, Raub und Massenmord. Geher von links und rechts sind an der Arbeit, jenen Saat des Mißtrauens gegen die den Staat Verwaltenden hinein in die empfangelodgende Stimmung. Die für die Ordnung Sorgenenden fühlen das gegen sie sich zusammenschließende Gewitter; Ohnmacht gebiert Härte, Schärfe. Der neue Tag kommt, der wieder leere, freud- und arbeitslose, die Menschen treffen sich und raunen einander zu, was die Nacht geboren und seiner fragt, „ist das wahr?“ oder, „wer vertritt das?“ Leute, denen gestohlen und geraubt, steigern die Gerechtigkeit durch sinnlose Anklagen; Leute, die gestohlen und geraubt, reizen zum Haß gegen die Ordnung und Regierung durch bezweifelnde, dem Raubtiertrieb des Verbrechers entstammende Vorwürfe. Alle die, welche der zu hohe Sturz aus dem Sieg in das Desolate, alle die, welche die Revolution enttäuscht, lobern in fessellosem Trieb, ihr Wollen, ihre Pläne durchzuführen, brauchen die arbeitslose Zeit, in die Seelen der Masse ihre Saat zu pflanzen, auszuwählen ihr Willkürbedenken, häufen sie Brennstoff zu Brennholz. Allzu günstiger Boden sind die brachen Herzen für fauchdrächtige Trugthöhen, nur zu guter Dünge sind die freudlosen Tage und Nächte für geil aufstehendes Unkraut, und so wird es gehauen, zertrübt es die Seele und die Wurzeln bleiben sitzen. Die Motten der Gewißheit speien ihren Inbiss, niederher Wunsch Agrarund seiende Lüfte, Reib, Haß, Verbrechen in die dollgepöpleten Straßen und Häuser; wie des Predigers Ruf in der Wüste verhallt ungehört die Rede der Verstandigen, Ueberfaltung, laute Arbeit überdröhnt in den Ohren der stehenden Männer das schleichende heiße Atmen der Gewitterschwüle — — —

Als jäh Maschinengetöse gräßlich wahr aufbeßen, in Wimenbersten sich das Gewitter entläßt und schauernd, furchbar erndüchert das Volk starrt auf tote Mißbürger, Lachen Wintes — — — Erbleichend fragt einer den andern, „wer hat das?“ Und niemand wollte es tun, und niemand versteht, daß es kommen mußte.

Die Fortwirkung der Blockade.

Im neuesten Heft der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ spricht Geheimrat Kubner über die verhängnisvollen Wirkungen der Blockade und besonders auch ihrer Fortdauer während des Waffenstillstandes. Er geht aus von einer Gegenüberstellung der Verluste der Armee und der Zivilbevölkerung in folgender Tabelle:

	im Kampf und durch Bomben	der Armee durch Krankheiten	der Zivilbevölkerung durch Blockade
1. Kriegsjahr	451 506	24 894	88 235
2. „	330 889	30 829	121 174
3. „	294 748	30 190	259 627
4. „	317 954	38 167	293 700 (S. Ende)
Epäter	62 417	10 902	— 1918
insgesamt	1 456 952	134 082	782 736

Die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung ist danach schon im dritten Kriegsjahr nur wenig hinter den „blutigen“ Verlusten zurückgeblieben, der Kampf mit dem Hunger war ebenso verhängnisvoll wie der Kampf an der Front, er war vor allem schrecklicher, weil er gegen die Wehrlosen und Nichtkämpfenden durch Krankheit, Schmerz und Weiden geführt wurde.

Der Waffenstillstand, der eine Pause und Ruhe in den feindlichen Handlungen herbeiführen sollte, hat uns statt dessen die verheerendste Blockade gebracht, den Krieg gegen die Zivilbevölkerung und besonders schwer gegen Frauen und Kinder, weil diese schon gegen Ende des Krieges eine steigende Zunahme der Sterblichkeit gezeigt hatten. Da man nicht annehmen kann, daß die Sterblichkeitsverhältnisse seit dem Waffenstillstand günstiger geworden seien, so sind seit dessen Beginn schon wieder über 100 000 Menschen an dem bestehenden Nahrungsmangel gestorben.

Durch die Blockade und die damit verbundene Verelendung des Volkes hat auch die weitgehende psychische Umstellung des Denkens sich vollzogen, welche nicht allein die Energielosigkeit und Arbeitsunlust, sondern auch jene Labilität der Geistesverfassung geschaffen hat, welche zu einer gesteigerten Empfänglichkeit für die utopischsten Agitationen politischer Rart geführt haben. Wie eine vernichtende Welle flutet die geistige Seuche weiter. Für unsere Verurteilungen, daß der bestehende Ernährungszustand diese Gefahren sehr bedrohlich mache, hatte man von Seiten der Alliierten nur Dahn und Spott. Es gehört heute nur wenig mehr dazu, ganze Völker aus dem Gleichgewicht zu bringen. Daher weiß man auch nicht ob das, was man jetzt als Verhängnisvoll verurteilt — die Nahrungsmittelzufuhr — noch rechtzeitig kommt. Es gab noch vor wenigen Monaten die Möglichkeit, die glimmende Samt auszutreten, heute erscheint es für viele Teile Mitteleuropas

Scheidemann und Brockdorff-Rantzau zur Friedensfrage

Nationalversammlung zu Weimar

34. Sitzung, Donnerstag, den 10. April 1919, vormittags 10 1/2 Uhr.

Im Regierungssitz: Scheidemann, von Brockdorff-Rantzau, Dr. Landsberg, Ergberger, Golthein, Dr. Bell.

Die erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann:

Das wichtigste außenpolitische Ereignis seit der Vertagung dieses Hauses war der Abschluß der Verhandlungen über den geplanten Durchzug der polnischen Armee durch Danzig. Diese Verhandlungen haben uns zwar nicht völlig von der Last von Bestimmungen befreit, die unter anderen Voraussetzungen in den ersten Waffenstillstandsvertrag aufgenommen worden waren, aber praktisch ist es gelungen, unsere Gegner von einem Plane abzubringen, der eine deutsche Provinz gefährdet hätte. Diese Verhandlungen haben aber gleichzeitig die willkommenen Gelegenheit geboten, allen Verleumdungen gegenüber die Richtlinien hervortreten zu lassen, nach denen die Reichsregierung die auswärtige Politik der deutschen Republik zu führen gedenkt. Vor allem ist die Regierung fest entschlossen, alle einmal übernommenen Verpflichtungen ihrem Sinne und Geiste nach strengstens zu erfüllen. Die Treue zum Vertrag soll das Kennzeichen des neuen Deutschlands sein. Daneben steht die Treue zu uns selbst. Ihr Gebot zwingt uns zur unerschütterlichen Wahrung derjenigen deutschen Lebensinteressen, ohne die weder ein nationales noch ein soziales Dasein möglich ist. Jede Verpflichtung, die dagegen verstoße, wäre für uns unerfüllbar. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Es ist daher ein Gebot der Ehrlichkeit, wenn wir auf solche Verpflichtungen übernehmen, die mit unseren Lebensinteressen in Einklang gebracht werden können. Und dritten die Treue gegen die Allgemeinheit, das heißt die Betätigung eines gewissen rühmlicher Verhältnisses allen Völkern gegenüber.

Diese drei Grundprinzipien müssen die Richtschnur für die gemeinsame Zukunft sein. Sie sind fest und allseitig vereinbar, wo nicht Imperialismus und Chauvinismus den Ausschlag geben. Ka uns darf es nicht fehlen, wenn es gilt, diesen zwei Erbfeinden der Völkerfriede jede Möglichkeit zu nehmen, unsere auswärtige Politik nach irgend einer Richtung zu beeinflussen. Da gibt es keinen Winkelzug und keine Hinterhältigkeit. Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker, keine erneute Zerteilung der Welt in Bündnisse und Gruppen, die ja doch im gefährlichen Augenblick losgehen wie ungesicherte Gewehre. Wir hoffen, daß die Liquidierung des Krieges nach dem Osten zu bald eine vollständige sein wird. Wir können uns von Rußland nicht die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse aufzwingen lassen (Sehr richtig! und Zustimmung), aber wenn es auf die gewalttätige Propaganda des Bolschewismus verzichtet, wollen wir gern dem russischen Volke die Bruderhand

reichen, das ganz so wie wir die falsche Rechnung des völkerverwundlichen Imperialismus mit Niederlage, Zusammenbruch und schlimmerer Not hat bezahlen müssen. Wir sind in vielem aufeinander angewiesen; ich hoffe, daß wir uns zueinander zu finden wissen. (Beifall.) Nach Westen, Frankreich gegenüber, kann es für unseren Willen zur Versöhnlichkeit keine Unklarheit geben. Wir kennen die ihm gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Wenn wir in bezug auf Elsass-Lothringen auf eine Volksabstimmung drängen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt in Wilsons Programm zu entkräften, sondern für alle Zukunft abzuwehren oder neue Aufschubgebungen wegen Vergeßlichkeit auszumachen. (Beifall.) Wir leiden schwer unter der noch immer andauernden Zurückhaltung unserer Brüder und Schwestern in Kriegsgefangenschaft. (Beifall.) Wir empfinden es bitter, daß es gerade französische Befehlshaber in den be-

sehten deutschen Gebieten sind, die dort Abtrennungsgelüste zu wecken suchen. Aber wir hoffen auch hier auf den Sieg eines Brudergeistes,

der die Menschheit von solchen Schlägen der Völkerverwundung zu befreien wissen wird. (Beifall.) Wir glauben, daß die künftige Stärke eines jeden Volkes nicht in der erhöhten Möglichkeit beruhen wird, anderen Völkern Gewalt anzutun, sondern in der Anziehungskraft seiner bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. (Beifall.) Bis dieser Glaube Gemeingut aller Staatswesen geworden ist, wollen wir doppelt über Unversöhnlichkeit unseres nationalen Staatswesens wachen, weil sonst neue Kämpfe um diese Unversöhnlichkeit kommen würden. Ob wir wollen oder nicht, jedes Unrecht streift nach Recht. Zu irgendeiner Zeit beginnt dieser nicht zu unterdrückende Prozeß vor der Weltgeschichte. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der kommende Friede möglichst wenig Spielraum läßt für solche künftigen Auseinandersetzungen. Deutschland muß in der Welt nicht seiner Niederlage wenigstens den Trost haben, einen Sieg errungen zu haben, den Sieg über den Militarismus. (Beifall.) Werden wir aber, Volkvertretung und Regierung in der Lage sein, diesen unseren Willen zur Völkerveröhnung zur Geltung zu bringen? Gewiß, wir werden täglich mit tausend Dokumenten überschüttet, die uns an den unveränderten Vernichtungswillen unserer Gegner glauben lassen können. Wir warten ab, nicht unächtig und nicht stumpfsinnig, aber auch nicht irregemacht in unserem Streben nach Verständigung über die verlassenen Schützengraben hinweg. (Beifall.) Die Gefahren, die ich für den Erfolg unserer auswärtigen Politik sehe, kommen nicht so sehr von jenseits der Grenze als vielmehr aus unserem Volke selbst. (Lebhafte Zustimmung.) aus der unaufhörlichen Erschütterung unseres Landes, aus der gärenden Unruhe, aus dem Brand, dessen Flammen immer wieder herbedringen und das ganze Haus mit Vernichtung bedrohen; ein Streif ist den anderen ab, der Putschismus erzeugt gleich einer Seuche bald die eine bald die andere Stadt, verbeut, gedankenlose Menschen haben Hand gelegt an ein Mitglied der Reichsregierung, das auch Mitglied der Nationalversammlung ist. Gibt es in diesem Hause auch nur ein einziges Mitglied, das

diese skandalöse Mißachtung der Immunität nicht mißbilligt! Auch dieser gewalttätige Streich könnte dazu beitragen, die Regierung zu sprengen, ihr Ansehen vor In- und Ausland zu vernichten, in einer Zeit, in der endlich für unser ganzes durch Unterernährung und Entkräftung gequältes Volk eine Erhöhung der Rationen winkt, wo die Blockade sich lockert, wo der Hungerkrieg die Waffen streift. In diesem Augenblick ruhen Hunderttausende von Händen, die allein durch ihre Arbeit die Zahlungsmittel schaffen könnten, ohne die es kein Pfund Wehl oder Speck für unsere Frauen und Kinder gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Mehr noch! In dem Augenblick, in dem unser aller Ziel neben Brot noch Frieden und nichts als Frieden sein kann, vollzieht sich

in München ein neuer Umsturz, wird dort die Räterepublik ausgerufen, werden die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durcheinander gewürfelt, wie Kinderstapelzüge, wird ein Schuß- und Trugbündnis beschworen mit der ungarischen und russischen Räterepublik, mit der ausgesprochenen Front gegen die übrige Welt. Nicht das Vaterland, nicht die Regierung, aber

der Friede ist damit in Gefahr. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt, wo es gilt, den lächerlichen Beweis für unseren Friedenswillen, für unsere Abkehr von aller Gewaltspolitik, für unsere unerschütterliche Ehrlichkeit zu erbringen, jetzt wagen es verbeutete Phantasten aufs neue, das Kriegsbanner aufzupflanzen gegen die Völker, mit denen wir uns morgen an den Verhandlungstisch setzen wollen. Ich bin ein Gegner der Räterepublik als Regierungsprinzip. Ich kann nicht so schnell umlernen wie die anderen, die gleich mit ein Leben lang unter der Parole der Demokratie gekämpft haben und sie nun verleugnen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wenden uns gegen die Räterepublik nicht nur aus Gründen der Weltanschauung, nicht bloß aus innenpolitischen Gründen, weil wir in ihr die Bestörerin des letzten Restes staatlichen Zu-

ammenhaltes sehen, sondern wir wenden uns gegen sie, weil wir den Frieden wollen. Wir führen mit dem Chauvinismus der Räterepublik einen Kampf auf Leben und Tod um des Friedens willen, ohne den wir zugrunde gehen. Nicht die Wändnisse der Weltrevolution suchen wir, die führen genau so in Rot und Glend wie die Wändnisse der Monarchien und Imperialisten. (Sehr richtig!) Wir brauchen

das große Weltbündnis, den Völkerbund, in dem gleichberechtigte Völker sich frei entwickeln können, ohne die alten Fesseln der Rüstungen und ohne die neuen Lasten bolschewistischer Bürgerkriege. Das trennt uns weitest von den Ideen Lenins, der sich rühmte, schon 1910 empfohlen zu haben, die Abrüstung aus dem sozialistischen Programm zu streichen, denn die Überwindung des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg sei eine Utopie. (Sehr richtig!) Nein, ohne Abrüstung wäre der Völkerbund leere Formel, die Verewigung der Gewalt. (Sehr richtig!) Wenn zwischen den Völkern die rohe Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung abgeschafft werden soll, dann lehnen wir sie erst recht ab in der Auseinandersetzung zwischen Völkern. (Beifall.) Krieg nach innen, Krieg nach außen. Das bringen uns die Räte, die Lehren Lenins, der Bolschewismus. Ich male Ihnen keine wilde Phantastik vor. Ich will aus der bolschewistischen Bewegung keinen Kinder- und Bürgerkrieg machen. Ich halte mich an Tatsachen, an Lenins Bekenntnis zum Bürgerkrieg, an Kabeles Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen die Entente am Rhein, an den Bündnisbeschluß der Münchener Räterepublik und an den Beschluß des Kommunistenkongresses, die neue Heilslehre der Sowjets mit Feuer und Schwert durch die Welt zu tragen. In diese Tatsachen halte ich mich, wenn ich dem deutschen Volke zurufe: Wacht auf, steht um Euch, erkennt den Abgrund, der sich vor Euch, Euren Kindern und unser aller Zukunft auftut! Hier darf es keine Parteientwässerungen geben, einzig sein in der Abwehr der Räterepublik heißt sich zusammenfinden in der großen, das ganze Volk umfassenden Partei, deren einziger Programm-satz lauten muß:

erst und vor allem Frieden. (Beifall.) Während wir hier über die Zukunft der Republik beraten, tagt in Berlin der zweite Rätekongreß. Wir begleiten seine Verhandlungen mit Interesse und mit dem besten Willen. Er soll nach dem Willen seiner Teilnehmer den Wohl der deutschen Zukunft dienen. Möge er den gleichen Weg gehen wie die Reichsregierung, indem sie aus dem Rätegedanken das Beste für unser Volk zweckdienlichste entnimmt und nutzbar macht. Eine schwere Verantwortlichkeit liegt auf seiner Tagung. Möge er sich klar darüber sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpfen, aber geistige Neuerungen auch nur auf geistigem Wege einleiten kann. Der Sozialismus kann einem Volke ebensowenig aufgeschwungen werden, wie uns Deutschen je eine Reaktion wieder aufzuzwingen werden kann. (Beifall.) Wir wollen der wirtschaftlichen Demokratie den Weg öffnen, wir wollen ihr die notwendigen Organe schaffen und die Sozialisierung so einleiten, daß sie eine Quelle der Wohlfahrt, nicht einen Spaltplatz der Ferkelung bildet. Aber während wir so dem Bolschewismus den Nährboden entziehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als seine gewalttätigen Ubertreibungen abzuwehren. (Beifall.) Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Wort Gewalt noch nicht aus dem Wortschatz unseres Volkes verschwunden kann. Helfen Sie uns, daß es bald verschwinden kann, daß es nicht verewigt wird in seinem schlimmsten Begriff, dem Gewaltfrieden. (Lebhafte Zustimmung.)

Hg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): In diesem Augenblick drängt es uns, einen Appell an das Volk zu richten. Ich spreche im Namen der ganzen Nationalversammlung, wenn ich diesem Schmerzenskrei eines bis zum äußersten gequälten Volkes Ausdruck gebe. Für den Frieden erheben wir drei Forderungen, ohne die es eine Einigung nicht geben kann: Räumung des besetzten Gebietes sofort bei Friedensschluß (Beifall), Rückgabe unserer Gefangenen (Wiederholter lebhafter Beifall) und Aufhebung der Blockade. (Stürmischer Beifall.) In den besetzten Gebieten wird vielfach mit unerhörter Gewalt vorgegangen. Im Namen meiner

10] Bilal.
Von Josef Quitpold.
(Schluß.)
Peter Loca schlug die Augen auf und sah zum Fenster hin. Und er wußte, was er zu tun hatte. Der Mythos mußte verwirklicht werden.
Eine helle, im Frühwind schimmernde Fahne schwebte sorglos schwingend vor seinen Augen.
Peter Loca trat zu den Scheiben hin. Die Stunde war da. Es galt zu handeln. Gerne hätte er Christina noch einmal gesehen. Aber geögert durfte nicht werden.
Da wußte er plötzlich lähmenden Schreden in sich: das Fenster war vergittert.
Wie hatte er das nur übersehen können!
„Es ist alles verloren!“ juppelte ratlos sein betroffenes Geiz.
„Dieses niederträchtige Leben weiß sich eben verdammt gut vor den Toten zu schützen“, sagte seine Begehr hinzu.
Aber wie er in den Hof starrte, wanderten seine ruhelosen Augen mit einem Male zu dem anderen Trakt. Der Direktor stand im Festgewand — schwarzer Anzug, weiße Binde — am Fenster, am offenen Fenster! Der ganze Trakt drüben hatte unvergitterte Fenster. Vielleicht wurden auch dort noch Fahnen aufgezogen? Vielleicht der Straßenseite zu?
Angstvolle Unruhe überkam ihn. An diese Hindernisse hatte er vergessen.
So wäre es möglich, daß er durch ein kaltes Eisen-gitter an seinem Werke verhindert werden könnte? Daß er den großen Tag verpassen sollte? Daß er ihn in diesen lächerlichen Käfig geworfen, ungenüht veratmen müßte?
Zum Professor hinüber! Er mußte trachten zum Professor hinüberzukommen.
Loca ließ Christina rufen.
„Christina, mein Werk ist fertig. Ich will es dem Professor vorlegen zum Dank für die Fahne vor meinem Fenster. Aber nicht in der Zelle da soll er das Werk betrachten. Er soll erlauben, daß du mich zu ihm führst.“
Eine Viertelstunde darauf schritt Loca mit Christina, „Bilals Rufe“ in drei mächtigen Bänden unter dem Arm, quer über den Hof in den Vordertrakt der Anstalt.
Kein Fenster mit Gittern, wie er beim Gehen bemerkte

konnte. Und viele Fenster offen. Ob aber die Straßenseite mit Kobnen geschmückt war?
Christina klopfte ans Zimmer des Direktors und führte Peter Loca hinein.
Als er eintrat, durchschaute es selig sein Herz: Kein Gitter vor den Fenstern. Das linke Fenster weit offen. Und draußen schwebte eine Fahne, mit den Händen leicht zu greifen.
Eisern mühte sich Loca zusammennehmen, um Herr seiner Erregung zu bleiben. Er mußte ruhig und im Gleich-maße sprechen. Er sollte keinen Blick mehr zum Fenster werfen. Mit keiner Wimper durfte er sich verraten.
Peter Loca verbeugte sich.
„Herr Professor, ich halte Wort. Hier mein Werk!“
Er legte die drei Bände auf den Tisch und wandte sich gleich mit dem Rücken dem Fenster zu. Damit mußte jeder Keim eines Argwohns zertreten sein.
„Sehen Sie sich, bitte!“ sagte der Professor ekstent zu Christina und Loca.
Dem Fenster abgewendet und gerade so dem Fenster am nächsten! dachte sich Loca belustigt, als er Platz nahm.
Der Professor beugte sich sogleich mit wichtig tuender Prüfermiene über die schweren Bände.
Er sah das Titelbild an: den Turm, oben den Mann im Sturm, die Hand hohl an den Mund gelegt. Früher in eigenartigen, dornenähnlichen Schriftzeichen die Worte: Bilals Rufe.
Der Professor bliete auf.
„Sagen Sie einmal“, fragte er recht einfach. „Heißen Sie eigentlich Bilal?“
„Ich bin Bilal, Herr Professor. Ich bin Bilal.“
Der Professor sah ihn scharf an. Loca erwiderte den Blick ernst und tief.
„Sie sind Bilal?“
„Er hat freilich schon früher einmal gelebt.“
„Wer?“
„Nun, Bilal.“
„Wann hat denn Bilal schon einmal gelebt?“
Der Direktor war überzeugt, nun der Wahnwurzels des Kranken auf die Spur gekommen zu sein, sie auszureißen zu können und einem Menschen wieder zu klarem Sinn und Dasein zu verhelfen.
„Am Ende glauben Sie mir gar nicht, daß Bilal schon einmal vor mir gelebt hat?“

„Ich bin hierüber nie unterrichtet worden. Ich weiß nichts vom Leben Bilals.“
„Aber dann wissen Sie ja nicht einmal sicher, ob Bilal jetzt lebt?“
Peter Loca war aufgestanden.
„Nein“, sagte der Direktor hart und entschieden. „Ich könnte das nicht sicher behaupten.“
„Und welche Gabe in Bilal steckt, das ahnen Sie auch nicht?“
„Nichts berechtigt mich zu solchen romantischen Annahmen“, entgegnete der Direktor wieder in bestimmtem Tone.
Loca reckte sich auf. Seine Stimme aber klang fast ungläubig.
„Und wissen Sie nicht, daß Bilal mit einer Bewegung, mit einer einzigen Bewegung die ganze Welt verändern kann?“
„Dapon weiß ich nichts, gar nichts weiß ich davon“, ließ sich der Direktor wieder vernehmen.
„Davon wissen Sie nichts? Davon wissen Sie nichts?“ begann Loca zu schreien.
Christina erhob sich angstvoll.
Im selben Augenblick war Peter Loca beim Fenster, schon hatte er sich auf's Sims geschwungen.
Die Fahne knatterte in seinen Händen.
Christina und der Direktor waren hinzugefürt.
Es war zu spät.
Nur ein ungeheurer Schrei gelte ihnen in den Ohren: „Die Toten! Die Toten!“
Loca hatte es noch im Fallen drohend in die Welt geschrien.
Dann war er mit der schimmernden Fahne in die Tiefe gestürzt.
Mit zerschelltem Schädel wurde der Mann von der Cima della croce ins Haus zurückgetragen.
Lang blieb Locas Werk trotz mehrfacher Versuche ungedruckt und unbekannt.
Als es endlich erscheinen durfte, war eine neue Zeit angebrochen, die aus „Bilals Rufen“ den erschütternden Schrei der alten, fluchbeladenen, überwundenen Jahrtausende heraushörte.

linksrheinischen Freunde spreche ich es erneut aus, daß sie in dieser schweren Schicksalsstunde unseres Volkes alle Sonderwünsche zurückstellen und unerschütterlich auf dem Standpunkte stehen, daß sie deutsch bleiben wollen. Wenn wir so die Unantastbarkeit unseres deutschen Gebietes verlangen, so verlangen wir auch, daß im Friedensschluß und unsere Kolonien nicht weggenommen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben uns bereit erklärt, den ungerichteten Schaden wieder gutzumachen, aber diese Wiederherstellung darf nicht erfolgen auf Grund phantastischer Zahlengedäude, die unsere Gegner einseitig aufreichten. Es ist geradezu zum Lachen, wenn man sich den Größenwahn der belagerten Finanzleute vor Augen hält, die 20 Milliarden Schadenersatz von Deutschland beanspruchen. Dabei hat noch höchstschönungslos unmittelbar vor dem Kriege das ganze belgische Nationalvermögen nur 27 Milliarden betragen. (Hört, hört!) Bei dieser Gelegenheit spreche ich namens meiner politischen Freunde noch einmal den dringenden Wunsch aus, daß in dem Akt des Schiedsrichters des Völkerrechtsgerichtshofes auch der Papst eingezogen werden möchte. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Gegen die Aufnahme Deutschlands als unächtsberechtigtes Mitglied und ohne moralische Quarantäne wenden unsere Freunde ein: Das deutsche Volk sei am Kriege schuldig. Von vereinzelten Strömungen abgesehen, hat das deutsche Volk diesen Krieg nicht gewollt. (Sehr richtig und lebhafter Zustimmung.) Ich warne allen Feindes in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes unsere Feinde. Es kann die Zeit kommen, wo wir erklären:

nein, diesen Frieden der Gewalt und des Zwanges unterschreiben wir nicht.

(Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Wenn neben das niedergeschmetterte und vom Bolschewismus zerfressene Russland auch noch ein niedergeschmettertes Deutschland gestellt wird, dann kann es kommen, daß statt des milden Lichts des Friedens die Flammen aus dem Abgrund schlagen und der Zustand des Weltbolschewismus eintritt, der den Brudermord bedeutet und die Vernichtung aller Kultur. (Lebhafter Beifall.) Die Tatsache, daß der Bolschewismus in Bayern Fuß gefaßt hat, ist nicht mehr eine Angelegenheit, die Bayern allein angeht, sondern es ist die Pflicht des Reiches und aller deutschen Bundesstaaten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Was jetzt in Bayern geschieht, das ist die Bestätigung des Geistes der Verneinung, die schließlich zum Chaos führen muß und es wird schließlich nicht weiter übrig bleiben, als daß das bayerische Volk zur Selbsthilfe aufgerufen wird, um sich von dieser „Schwabingererei“ zu befreien. Der Sozialistengebäude wird von vielen falsch verstanden. Der jetzige Regierungsvorschlag zur Einführung des Rätebundes in die Verfassung ist kein Verneinungsprodukt. Er ist eine unumgängliche notwendige soziale Forderung, die uns in ihrem tatsächlichen Grundgehalt durchaus berechtigt erscheint. (Sehr richtig im Zentrum.) Die politische Arbeit muß bei der Volkvertretung bleiben, aber wirtschaftliche Fragen können durch das Räteparlament besser ausgearbeitet und berührt werden. Von sämtlichen Parteien des Hauses wird eine gemeinsame Willensfindung der Nationalversammlung ins Land hinausgehen. Wenn wir so das Trennende unserer Auffassungen über Politik und Wirtschaftsleben zurückstellen, dann werden wir dadurch unseren Forderungen dem Feinde gegenüber mehr Nachdruck verleihen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Vogt (Soz.):

Ein wirklich friedliche ist nur dann erreicht, wenn es ein Friede des Rechtes ist, wenn unser Volk ohne Vergewaltigung aus dem Kriege hervorgeht. Das soll keine Drohung sein. Wenn die Vergewaltigungsabsichten in künftigen Kriegen der Angst entkräften, daß in Deutschland der Militarismus wieder erstarren könnte, so ist das eine falsche Rechnung. Die anderen Völker sollten erkennen, daß in Deutschland

der Militarismus für alle Zeiten beseitigt

ist, wenn wir zu einem gerechten Frieden kommen. (Beifall.) Ich begrüße die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes, der unparteiisch die Schuld an diesem Kriege untersuchen soll. Schandtat ist fraglos während des Krieges vorgekommen bei allen Seiten, auch bei unserem Heere. Ich erinnere daran, daß bei der Entlassung des englischen Kapitän Fryatt die Militärbehörde die dringenden Bedenken des Auswärtigen Amtes gegen die schnelle Urteilsvollziehung mit den Worten antwortete: „Wir kennen kein Auswärtiges Amt.“ (Hört, hört!) Ebenso wird den Frieden mit der Entente erschrecken wir auch Frieden mit dem benachbarten russischen Volke. Ich frage die Regierung, ob es möglich ist, daß die russische Regierung ausdrücklich und auf bestimmte unserer Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen und denke nicht daran, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen, verlange aber, daß auch unsere Heere innerhalb unserer Grenzen bleiben. Ebenso wichtig wie der Friede nach außen ist aber auch, daß wir

Frieden im eigenen Lande

bekommen. Die schlimmsten Ausschreitungen können ja mit Waffengewalt niedergeschlagen werden, aber das ist kein wahrer Friede. (Sehr richtig!) Damit wird denen in die Hände gearbeitet, die nur darauf lauern, bis das arbeitende Volk sich selbst durch Bruderkämpfe so sehr geschwächt hat, daß die anderen mit den Verursachern der Revolution aufräumen und die alte Gewalttätigkeit wieder einführen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir müssen dringend bitten, daß die Truppen nicht dort eingreifen, wo es der eignen Bevölkerung möglich ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die traurigen Erfahrungen der letzten Zeit werden doch auch die letzten Anhänger einer gewalttätigen Wiedereinstellung davon überzeugen haben, daß durch diese Gewalttätigkeiten die Revolution nicht gefördert, sondern in jeder Beziehung geschädigt wird. (Sehr richtig!) Die Regierung muß danach streben, daß die Truppen vor Ausschreitungen und Übergriffen gewarnt und daß solche Übergriffe ebenso schnell und scharf bestraft werden wie die von der anderen Seite. In einem von einem Offizier v. Hoffmann unterzeichneten Befehl wird die Schutzhaft über einen Anhänger des Spartakusbundes verhängt, der zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt. Der Grund ist nicht etwa der, daß der Verhaftete selbst zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Soweit darf man unter keinen Umständen gehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich erwarte von der Regierung eine Erklärung, daß solche Befehle unzulässig sind, und daß die auf Grund solcher Befehle Verhafteten sofort wieder freigelassen werden. Nur die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Not unseres Volkes erklärt die traurigen Zustände, unter denen wir jetzt leben. Der Ertrag der Arbeit muß gerecht verteilt werden. Heute, wo Hungerlaufende schwer leiden müssen, darf es keinen Heberfluß geben. Zur Beseitigung des Hungers müssen alle Kräfte zusammengehalten. Deshalb lehnen wir mit aller Entschiedenheit die Materiepublizität ab, denn sie bedeutet nicht die Vereinfachung der Kräfte, sondern die Vergewaltigung der Mehrheit durch eine Minderheit. Die ersten Lebensmittel aus dem Ausland kommen jetzt herein. Man kann sie aber nicht mechanisch nach der Einwohnerzahl verteilen. Auch in diesen Mittelstädten herrscht bittere Not. Das Grundrecht soll 2 M. kosten. Wer kann denn das bezahlen? Bei solchen Preisen müssen ja Lohnforderungen kommen. Wohnungen für die minderbemittelten Kreise müssen geschaffen werden. Ein

schamloser Wohnungsmieter

macht sich breit. Die Schuldigen gehören ins Zuchthaus. Den Satz von der Heiligkeit des Eigentums können wir in dieser schweren Zeit nicht anerkennen. Jeder, der mehr hat als er braucht, der darf dieses Mehr nur noch als Eigentum der Gesamtheit verwalten. Zur Durchführung dieser weitgehenden Forderungen brauchen wir eine starke Regierung. Ein Teil selbst der allernächsten Mitarbeiter der Regierung arbeitet

nicht mit, sondern gegen die neuen Männer. (Sehr richtig! links.) Ertrag wird schwer zu finden sein, aber die Schwierigkeiten sind zu überwinden. Jetzt muß schnell gearbeitet, jetzt muß rüstet und produziert werden. Darum brauchen wir

die Arbeiterkräfte als vorwärtstreibenden Faktor.

Die Nationalversammlung darf sich dieser Entwicklung nicht entgegenstellen, sondern muß dafür sorgen, daß sie sich in Formen vollzieht, die der Gesamtheit zum Segen gereichen. Wenn es uns gelingt, auf der Grundlage eines gerechten Friedens für den inneren Frieden zu arbeiten, dann dürfen wir hoffen, wenn schnell gehandelt wird, daß wir trotz der traurigen Zeit, in der wir leben, noch zu einem Zustand der Freiheit und Gerechtigkeit der Menschenvürde und des Menschenglücks kommen werden. (Beifall bei den Soz.)

Um 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf 1/2 Uhr vertagt. Nach der Pause nimmt

Reichminister des Inneren Graf Brockhoff-Kanhou

das Wort: Seit meiner Programmrede vom 14. Februar hat sich die äußere Lage Deutschlands nicht wesentlich geändert. Zwar ist der Krieg noch immer nicht beendet, aber man darf annehmen, daß der Friede vor der Tür steht. Wir dürfen nicht zu Hoffnungen voll sein, brauchen aber auch nicht zu verzweifeln. Unsere Gegner haben und während des Winters durch die immer mehr nachlassenden Forderungen ihrer Presse zu erschrecken und an das Schlimmste zu gewöhnen versucht. Jetzt hört man mildere Töne. Jetzt wird erklärt, Deutschland werde übertracht sein, wie maßvoll die Forderungen sind, die man zu stellen gedenkt. Wir wollen uns weder durch die bisherigen noch durch die freundlicheren Zukunftsbilder aus der Stellung drängen lassen, die wir am Friedenstische einnehmen müssen. (Sehr richtig!) Wir stehen vor harten und kühl rechnenden Feinden und haben ihnen gegenüber nur eine Waffe: Das ist die

Verufung auf die Friedensgrundlagen.

Aber die wir Anfang November, bevor wir unsere Waffen und unser Glas ausliefern, einig geworden sind (Sehr richtig), einen Frieden, der sich von dieser Grundlage in einem wesentlichen Punkte entfernt, können wir nicht unterzeichnen. (Lebhafter Beifall.) Die territorialen Forderungen der Gegner gehen mir sehr nur zu wenigen Bemerkungen Veranlassung. Erneut muß ich die deutsche Forderung anmelden, daß der elfach löthringischen Bevölkerung das Recht zuerkannt wird, über ihr künftiges Geschick durch unbefangene Willensäußerung selbst zu bestimmen. (Lebhafte Zustimmung.) Im Osten haben wir eine schwere Krise durchgemacht. Sie scheint vorläufig überwunden, denn die Entente hat sich bereit finden lassen, auf die Forderung bei Danzig zu verzichten, aber sie hat ihren Anspruch darauf in aller Form aufrecht erhalten. In der Frage Nordfrieslands haben sich die Dinge zugespitzt. (Hört, hört!) Mehr oder weniger unzuständige Unterhändler Danemarks suchen bei der Entente immer weitergehende Forderungen auf Kosten des geschwächten Deutschlands durchzusetzen. (Hört, hört!)

Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Herbst erklärt hat, daß sie auch auf die freizeiligen nordfriesischen Gebiete die Wilsonschen Grundsätze anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei nur ungewissheit bänisch besiedelte Gegende im Auge gehabt. (Sehr richtig!) Die Vorbereitungen für die Angliederung Deutschfrieslands

sind inzwischen weitergeführt worden. Unterdrückungen, die dem Zusammenschluß entgegenwirken, beirren mich nicht. (Erst!) Unsere Gegner machen offenbar die finanziellen Forderungen mitschuldig ebenso große Schwierigkeiten wie die territorialen Forderungen. Das ist kein Wunder. Wir sind bereit, am Friedenstische den Gegnern sowohl auf ihre Schadensforderungen wie auf ihre Forderungen nach unserer Zahlungsfähigkeit mit voller Offenheit Rede und Antwort zu geben. Es wird vorher zum Akte führen, wenn sie mit uns verhandeln, als wenn sie von Woche zu Woche, von Monat zu Monat versuchen, untereinander über Sätze einig zu werden, die vor der Wirklichkeit die Probe doch nicht bestehen. (Sehr gut!) Nur ein wirtschaftlich erstarrendes Deutschland kann seinen bisherigen Feinden helfen, wirtschaftliche Schäden des Krieges wieder gut zu machen. (Wiederholte Zustimmung.) Dazu bedürfen wir der Freigabe des industriellen und landwirtschaftlichen so wichtigen Westens, der jetzt nicht nur vom Feinde bedrückt, sondern entgegen dem Waffenstillstandskommen von dem übrigen Deutschland abgegrenzt ist. Wir bedürfen

der schleunigen Aufhebung der Blockade.

dieser grausamsten Maßregel, mit der man trotz Waffenstillstands weiter gegen uns Krieg führt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen endlich die Zuführung von Lebensmitteln unter Bedingungen, die uns ihren Ankauf überhaupt erst möglich machen. (Sehr weh!) Die Preise und die Art der Bezahlung lassen uns diese Lieferungen nicht als Wohltat empfinden. Und ein Vergleich mit der Art, wie die deutschen Behörden das belagerte Paris nach dem Waffenstillstand mit Lebensmitteln versahen, fällt nicht zu ihren Ungunsten aus. Aber wir erwarten mehr von unseren westlichen Gegnern als Lebensmittel. Wir brauchen Rohstoffe, um wieder zu arbeiten, und um diese Rohstoffe zu kaufen, brauchen wir Kredit. Wenn die Gegner Deutschland wirklich für fähig halten, ihnen soviel zu leisten wie sie sagen, so müssen sie an seine Zukunft glauben, wie ich an seine Zukunft glaube. Dann müssen sie aber auch zur Gewährung von Kredit bereit sein. (Sehr richtig!) Ein ähnliches Verhältnis wirtschaftlicher Ergänzung besteht zwischen Deutschland und dem Osten. Abgeordneter Vogt hat soeben an mich die Frage gerichtet, ob es zutrifft, daß die russische Regierung ausdrücklich und auf das Bestimmteste unserer Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen, und daß sie gar nicht daran denke, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen, daß sie nur verlange, daß auch unsere Heere innerhalb unserer Grenzen bleiben.

Eine derartige Erklärung an die deutsche Regierung ist seitens der russischen Regierung nicht erfolgt.

(Bewegung.) Die von mir nur flüchtig gestreiften dringendsten Probleme der Gegenwart und der nächsten Zukunft stellen dem Ministerium des Auswärtigen Aufgaben schwerster Art und größter Zahl. Ich weiß, daß es eine alte Redung ist, meinem Ministerium das Vertrauen zu verjagen. (Weiterzeit.) Ich weiß, daß man erklärt, im Ministerium des Auswärtigen gebe alles seinen alten Schlenkerian weiter. Wer das sagt, hat seinen Einblick in die Verhältnisse, die sich bereits vollzogen haben und noch vorbereiten, ich bin sehr entschlossen, Wandel zu schaffen. Zunächst handelt es sich um eine Reform der Organisation. Statt der bisherigen Einteilung nach Materien führe ich das Regionalsystem ein. Jedes wichtige Land wird seinen Spezialreferenten bekommen. Dadurch werden wir wirkliche Sachkenner heranzubilden, die ein Land in seiner Gesamtheit übersehen können. Den Auslandsmissionen sollen besondere Sachverständige zugeteilt werden, um die sozialen Einrichtungen jedes Landes zu studieren und Fühlung mit den Arbeiterkreisen zu gewinnen. Ganz in Hand mit der organisatorischen Reform geht eine Reform des Personals. Durch den Wegfall der Unterscheidung zwischen diplomatischer und konsularischer Laufbahn wird die Auswahl unserer Ansätze für die höchsten Posten auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt. Es wird sich als notwendig herausstellen, um die Wandlung, die Deutschland innerlich vollzogen hat, auch nach außen zum Ausdruck zu bringen.

Veränderungen auf einigen neutralen Auslandsposten

herbeizuführen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es der Regierung zusehen muß, an einzelnen Posten wichtiger Art im Aus-

land Männer zu setzen, die durch ihre öffentliche Arbeit das Vertrauen der Heimat gewonnen haben, daß es aber doch die Hauptfrage bleiben wird, für einen hochwertigen, sachmännlich gebildeten Eigenertrag zu sorgen. Aber auch mit der besten Organisation und dem besten Personal ist keine gute auswärtige Politik zu treiben, wenn die Quelle, aus der wir die Kraft für den Außendienst schöpfen, vergiftet wird oder verbleibt, wenn das Volk, für das wir arbeiten sollen, sich in innerer Kampfe verzehrt. Ich glaube trotz alledem an Deutschlands Zukunft. Alle Staaten, die in diesem Weltkriege demütigt worden sind, ob Sieger oder Besiegte, sind in der gleichen Not. Wohl hat Deutschland den tiefsten Sturz durchgemacht, aber die Zerstörung von Kulturwerten, die dieser Krieg zur Folge hatte, trifft auch die Völker, die sich jetzt im Glanze kriegerischer Erfolge sonnen möchten. Kaum ein Volk wird von dem Frieden, der in Paris geschlossen werden soll, nicht enttäuscht sein, und diese Enttäuschung birgt in sich eine fürchterliche Gefahr. Hier hilft kein gegenfeitiges Verschuldigen, kein Gräbeln über die Vergangenheit. Wir müssen gemeinsam die Hand an das Werk legen, das unseren Kindern und Enkeln eine würdige Zukunft sichern soll. Ein Symbol dieses Entschlusses ist Deutschlands Verpflichtung, Belgien und Nordfrankreich wieder aufzubauen. (Sehr wahr! links.) Wir sind die Verpflichtung eingegangen in dem vollen Bewußtsein, daß wir sie nur in verstärkter Gemeinschaft mit unseren Gegnern erfüllen können, und wir beklagen es doppelt, daß ihr Mißtrauen die Erfüllung durchgehäftigen Mißbrauch unserer Kriegsgefangenen zu erzwingen sucht. Dadurch wird, was ein Werk der Veröhnung sein sollte, eine Saat neuen Hasses. Wer in Wahrheit danach strebt, daß der Krieg der Welt eine neue Auffassung von dem Zusammenleben der Völker bringen soll, der muß alle Motive des Hasses, der Rache, der Vergeltung aus den Friedensbedingungen zu entfernen suchen. Die Erforschung der Schuld darf nur ein Mittel der politischen Erziehung sein. Auch dabei soll der Blick nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts gerichtet werden, in eine Völkergemeinschaft hinein, in der die Förderung der nationalen Interessen nicht mehr im Gegensatz zu dem Dienst an der Menschheitsentwicklung steht. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Preussische Landesversammlung.

15. Sitzung. Donnerstag, den 10. April 1919. Nachmittags 2 Uhr.

Am Regierungstische: Hirsch, Gaenisch, Defer, Dr. Am Bednhoff, Reinhardt u. a.

Präsident eröffnet die Sitzung nach 2 1/2 Uhr. In dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über die Wahlen zu den Magistraten im Gebiete der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung ohne Erörterung genehmigt.

Auf der Tagesordnung stehen 62 Initiativanträge. Zur Beratung gelangen zunächst 6 Anträge, die sich mit der Neuordnung des Beamtenwesens befassen. Ein Antrag der Deutschen Nationalen Volkspartei (Abg. Dege u. Gen.) will die Regierung ersuchen, die in weiten Kreisen des Beamtenwesens entstandene Beunruhigung über die Sicherheit ihrer Stellung durch die Erklärung zu beseitigen, daß die unter der früheren Regierung erworbenen Rechte der Staatsbeamten, der Geistlichen, der Lehrer, Offiziere und Militärbeamten auf unfindbare Anstellung, Gehalt, Aufgehalt und Hinterbliebenenbezüge durch die Verfassung gewährleistet werden sollen; ferner soll die Regierung

der wirtschaftlichen Notlage der Beamten ihr Augenmerk zuwenden.

die Rechtsverhältnisse der Beamten einer Neuordnung unterziehen, zur Durchführung dieser Aufgaben die Beamtenorganisationen in weitem Umfange heranzuziehen und darauf hinzuwirken, daß den Reichsbeamten und den Beamten der Selbstverwaltung die gleichen Verbesserungen zuteil werden. Anträge gleicher Tendenz sind von den Demokraten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingereicht.

Abg. Dege (Dnat. Sp.) beantwortet den Antrag seiner Fraktion. Die bloße Zusicherung, die Regierung werde die Rechte der Beamten nicht antasten, reichen nicht aus. Der Redner erdortert des weiteren ausführlich die Fragen des Beamtenrechts und tritt für Schaffung von Beamtenkammern ein.

Abg. Buchholz (L. Soz.): Wenn jemand Schuld trägt an der Notlage der Beamten, dann sind es die Antragsteller. (Unruhe rechts.)

Das Haus beschließt diesem Antrag gemäß.

Es folgt die gemeinsame Beratung einer großen Reihe von Anträgen, die sich mit Mittelstandsfragen befassen.

Abg. Hammer (Dnat. Sp.): Wir verlangen möglichst baldigen Abbau der Zwangswirtschaft, und vor allem Aufhebung der Kriegsgesellschaft. Die Verteilung der rationierten Nahrungsmittel sollte nicht nur den Konsumvereinen, sondern auch den Einkaufsgenossenschaften der Arbeiter, Bäcker usw. unter Aufsicht der Kommunalbehörden überlassen werden.

Abg. Eßer (Zentr.) tritt für den Antrag seiner Partei ein, der sofortige Einleitung von Maßnahmen zur Wiederaufrichtung des durch den Krieg und seine Folgen schwer geschädigten gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes verlangt.

Abg. Dr. Gröger-Charlottenburg (Dem.) empfiehlt den von seiner Fraktion vorgelegten Antrag gleicher Tendenz.

Werde das Erörterte Programm durchgeführt, so bleibe für die Betätigung des Mittelstandes und des Handwerks kein Raum.

Abg. Dr. Leibig (D. Sp.): Der Mittelstand muß auf der breitesten Basis, die nur denkbar ist, aufrecht erhalten werden.

Abg. Wechsung (L. Soz.): Vier Jahre lang hat man den Mittelstand getreten und gemüht, und heute wollen die selben Leute, die an diesem Verbrechen des Krieges schuld sind, den Mittelstand retten.

Der Sozialismus wird aufgebaut auf Arbeit.

(Lebhafte Zurufe: Streik!) Der Sozialismus bedeutet Ehrfurcht vor der Arbeit. (Erneute stürmische Unterbrechungen rechts.)

Abg. Vogt (Soz.) stimmt einer Verbesserung des Fortbildungsschulwesens zu. Die meisten Parteien haben sich für den Fortwerker vor Worter. In Taten lassen sie es fehlen.

Sämtliche Mittelstandsanträge gehen darauf auf einen Ausfluß.

Der Präsident bequemt die nächste Sitzung an auf Freitag 1 Uhr: Anfragen und Anträge.

Abg. Niebel (Dem.) beantragt, die Anträge, die Bergarbeiter- und Eisenbahnfragen betreffend, an erster Stelle zu behandeln.

Heber den Antrag Niebel entspinnt sich eine dreiviertelstündige Geschäftsordnungsdebatte. Der Antrag wird schließlich abgelehnt. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 7 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung.

Vorherber Dr. West berichtet über die Ausschüßverhandlungen über den Antrag auf Wenderung der Geschäftsordnung, dahin, daß je zwei Vorsteher und je zwei Vorsteher-Stellvertreter mit gleichen Rechten bestellt werden sollen. Dem wird nach kurzer Besprechung zugestimmt. Zur Erledigung der überaus reichhaltigen Tagesordnung wird in der nächsten Woche Dienstag eine Extraführung stattfinden; am Donnerstag, den 17. April, kommt der Etat für 1919 zur Sprache, Donnerstag, den 21. April, wird dann die erste Beratung des Etats erfolgen.

Stadtv. Koblenzer (Soz.) begründet den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei der Regierung die

Übernahme des Polizeiwesens in die städtische Verwaltung zu beantragen. In einem historischen Rückblick über die letzten vierzig Jahre fährt er die bezüglichen früheren Bemühungen und deren absolute Erfolglosigkeit der städtischen Körperschaften der Verarmung zu. Nicht nur die Wohlfahrtskommission, sondern auch die Sicherheitskommission, die ja auch nichts als ein Teil der Wohlfahrtskommission sei, müsse verhandelt und vollständig angeschlossen werden. Wohin es geht mit der Berliner Polizei gekommen sei, dafür biete das öffentliche Spielmaße und der offene Handel mit gestohlenem Gut in der Alten Schönhauser, König- und Weinmeisterstraße ein bezeichnendes Beispiel. Ebenso schlimm sehe es jetzt angesichts der Überhandnahme der Diebstahl-, Räuber- und Plünderungen um die Sicherheitskommission. — Stadtrat Ebbinghauert behauptet die Bereitwilligkeit des Magistrats, mit der Verammlung Schritte in der Richtung des Antrags zu unternehmen. Stadtv. Gassel verweist darauf, daß schon 1856 im Herrenhaus die konservative Fraktion unter Großes Führung die Übertragung der Polizeiverwaltung an die Gemeinden beantragt hat. Bei der Mäßigkeit der Grenzen zwischen Polizei und Verwaltung könne Erprobendes nur durch Vereinigung beider in einer Hand geleistet werden. Die Demokraten würden für den Antrag stimmen. Stadtv. Dr. Weinberg (U. Soz.) bemerkt, daß seine Freunde schon der alten Verammlung einen gleichen Antrag hätten unterbreiten wollen, wäre schon damals die Übertragung vollzogen gewesen, so hätte sich vieles von den traurigen Berliner Januarereignissen vermeiden lassen. Unter Angriffen auf Polizeipräsident Guden Ernst nimmt der Redner Eckhorn in Schutz. — Stadtv. Rechtsanwalt Walther (Soz. Pp.) bekennt sich als Anhänger des alten Regiments Jago, der für die Selbstverwaltung, die bis zum Januar im Polizeipräsidium gehaust haben, nichts übrig hat. Stadtv. Wege (Soz. Pp.) fragt, ob die derzeitige große Unruhe in Berlin darauf zurückzuführen sei, daß ein großer Teil der Schuttmannschaft nach Weimar abkommandiert sei. Dem Magistrat ist nach der vom Stadtrat Löhning gegebenen Auskunft davon nichts bekannt. — Im Schlußwort tritt Stadtv. Koblenzer den Ausführungen Weinbergs entgegen. — Mit großer Mehrheit wird der Antrag Barlow's angenommen.

Eine Anfrage der U. Soz. lautet: „Was bedeutet der Magistrat zu tun, um sofort den Beschluß des Demobilisationsausschusses von Groß-Berlin, im Ost- und Schanzvierteln die gewerblichen Arbeitsnachweise zu veröffentlichen, zur Durchführung zu bringen?“ Am 29. März haben die Soz. die Anfrage an den Magistrat gerichtet, aus welchen Gründen der Beschluß nicht zur Ausführung gelangt, und welche Hindernisse einer solchen Maßnahme entgegenstehen. — Die Anfragen werden von der Stadtv. Frau Barm und dem Stadtv. Ritter begründet. Oberbürgermeister Vermuth: Der Reichsminister für Demobilisation hat uns heute mitgeteilt, daß unser Beschluß vom 11. Dezember von der Aufsichtsbehörde nicht weiter

zu beanstanden ist. (Schäffer's Fall.) Damit hat diese Frage jetzt endlich eine befriedigende Lösung gefunden, nachdem uns das Oberpräsidium zweimal in den Arm gefaßt war. Wir werden nunmehr das Verbot mit allem Nachdruck handhaben. — Die Anfragen sind damit erledigt.

Von den Unabhängigen Sozialdemokraten (Stadtv. Dr. Wegl u. Gen.) ist am 27. März beantragt, den Magistrat zu ersuchen, mit dem

Abbau der Vorschulen

fortzu beginnen. Ein Antrag gleicher Tendenz der Stadtv. Barlow'ski u. Gen. (Soz.) ist am 27. März eingereicht worden.

Stadtv. Wegl (U. Soz.): Die Vorschulen schöpfen ihre Daseinsberechtigung nur aus dem Absonderungsbedürfnis der zahlungsunfähigen Eltern und ihrer Abneigung gegen die Volksschule. Stadtv. Oberlehrer Dr. Witte (Soz.): Wenn die Väter zusammen drängen gekämpft haben, können ihre Kinder auch zusammen dieselbe Schule besuchen. Als Termin erscheint der 1. Oktober angemessen. Mit dem Abbau der Vorschulen geschieht der erste Schritt zur Volksschule. Auch die untersten drei Klassen der Lyzeen haben fortzufallen. Stadtv. Dr. Bencke (Soz. Pp.) spricht sich prinzipiell für den Abbau aus, aber man dürfe damit nur schrittweise und allmählich vorgehen. Stadtv. Gassel bezeugt seine Gegnerschaft gegen die Vorschulen, die Frage sei durchaus sprechbar, der Abbau könne ab 1. Oktober erfolgen. Stadtschulrat Reimann sagt leicheres unter dem Beifall der Versammlung zu. Wegen die Darlegung des Magistratsvertreter, daß die Lyzeen anders als die Anabenschulen zu behandeln seien, wendet sich energisch Stadtv. Lehrer Kühner (Soz.). Die beiden Anträge gelangen einstimmig zur Annahme. Ein weiterer Antrag der Unabh. Soz. geht dahin: Die Versammlung ersucht den Magistrat, dahin zu wirken, daß die Erwerbslosenunterstützung unverkürzt die Erwerbslosen gesichert wird und von ungewöhnlichen Eingriffen verschont bleibt. Stadtv. Reid (U. Soz.): Die Steuerpflicht dieser Unterstühtung können wir nicht anerkennen, da letztere sozusagen das Existenzminimum darstellt. In zahlreichen Fällen hat man den aus dem Felde heimgeführten Erwerbslosen die Unterstühtung gepfändet. Das muß verhindert werden: daher unser Antrag. — Stadtrat Hamburger: Der Finanzminister hat die Steuerpflicht ausgesprochen, daran ist die Stadt gebunden. Bei der Einziehung wird der Magistrat von seinem Recht, die Kommunalsteuer zu erlassen, den weitestgehenden Gebrauch machen. Die früher erfolgten Pfändungen sind aufgehoben worden. — Ein. Kleinau (Dem.) hält die Befreiung von der Steuerpflicht für nicht berechtigt; in der heutigen traurigen Lage des Reiches braucht jedes Pfennig, und die Arbeitslosenunterstützung stelle sich als steuerpflichtige Rente dar. — Ein. Koblenzer kann für den Antrag, wie er vorliegt, nicht stimmen (Hört! hört! bei den U. Soz.). Es wäre eine Ungerechtigkeit, den Arbeitenden, die weniger oder nicht mehr als den Betrag der Erwerbslosenunterstützung erwerben, die Steuer aufzubürden und sie den Erwerbs-

losen nicht aufzuerlegen. — Ein. Reid: Von Steuerfreiheit steht in unserer Anfrage gar nichts. — Ein. Ritter: Diese Ausführung hätten wir früher hören müssen, dann hätten wir Ausschüßberatung beantragt.

In der Abstimmung erlangt der Antrag eine Mehrheit, da auch die Sozialdemokraten sich für ihn erheben.

Gegen 110 Uhr schließt die Sitzung, nachdem noch der Magistratsantrag auf Weiterbestehen der gemischten Deputation für die Reichsarbeiten und die Erwerbslosenfrage angenommen worden ist.

Industrie und Handel.

Verlängerung des Stahlwerkverbandes.

Düsseldorf, 10. April. In der heutigen Hauptversammlung des Stahlwerkverbandes wurde die Preisfestsetzung bis Ende dieses Monats gemäß den getriggen Verhandlungen mit den Vertretern der Behörden und Abnehmer sowie der Arbeitsgemeinschaft verlegt. Der Stahlwerkverband selbst wurde um ein Vierteljahr, d. h. bis zum 30. September d. J., verlängert. Auch für Stabeisen wurde die Festsetzung der Preise bis zum Ende des Monats verlegt.

Gerichtszeitung.

Im Marktversteigerung befanden verschiedene Zeugen, daß zuerst aus dem Markt geschossen worden sei. Als bei der Befreiung die Tür eines Raumes, aus dem gefeuert sein sollte, gewaltsam geöffnet wurde, wurden in dem Raume sechs der Angeklagten vorgefunden und deren Namen aufgeschrieben. Als die Befreiung des Marktes sich ergeben hatte, warfen sie ihre Gewehre, die geladen und zum Ziel entrichtet waren, auf einen Haufen. Die Gewehre sind nicht darauf untersucht worden, ob aus ihnen geschossen worden war. Ein Mann der Befreiungstruppe war bei dem Sturm auf das Gebäude durch einen Pistolenschuß tödlich getroffen worden und zu Boden gesunken. Da soll einer der Angeklagten seinen Kameraden empor gezogen haben: „Seht, da liegt Euer Kamerad! Das habt ihr nun von Euren Gewehren!“ Ein Zeuge hat genau gesehen, wie ein Mann aus einem bestimmten Fenster des Marktgebäudes schoß; als er das Fenster unter Feuer nahm, verstand der Mann vom Fenster. Dieser Zeuge hatte etwa zehn Minuten hinter dem Reputationsbrunnen gelegen; sobald er nur die Kaskaden über die Bestimmung hob, wurde sofort auf ihn vom Markt aus gefeuert. Einem Kameraden, der gleichfalls hinter dem Reputationsbrunnen lag, ist es ebenso gegangen. Abwiegend von den Beobachtungen der Zeugen aus der Stummkammer waren die Beobachtungen des Reagen Schriftstellers Niebeling über das Fallen der ersten Schüsse und der Richtung, wobei sie kamen. — In die Verhandlung schloß sich ein Lokalturm für Markt.

Bekanntmachung.

Für alle in den Ortsteilen Berlin-Reinickendorf-Ost (Humboldtstr. 1-25 und 27-110 und Götze'schen) ...

... eine Zweifelhafte unterer Rasse in Berlin-Reinickendorf ...

... allgemeine Christen-tasse Niederbarium ...

... Gamm ...

... Fahrradhaus „Vorwärts“ ...

... Blüthnerpiano ...

... Mandoline, Laute ...

... Ureniob-Lit ...

... Bettmässen ...

... Darlehne ...

... Detektiv ...

... Prozesse ...

... Zähne ...

... M. Löser, nur Brunnenstr. 185, w. Rosenh. Pl. u. Invalidenstr. Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 Uhr.

Wirksamen Schutz gegen Bartflechte

Abreiben der Haut nach dem Rasieren mit Sagrotanlösung verhindert die Uebertragung der Krankheit.

Sagrotan.

Desinfektions- und Hauptheilmittel

Vorrätig in Apotheken und Drogengeschäften sowie den bekannten Großhandlungen für Drogen und Chemikalien.

Bekanntmachung

Ausländisches Weizenmehl.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1918 wird für den Gemeindefeiert der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt 14 der allgemeinen Lebensmittelarten der Stadt Berlin müssen
- 250 Gramm ausländisches Weizenmehl.
- II. Der Kleinhandelsverkaufspreis für ein halbes Pfund ausländisches Weizenmehl beträgt 1.00 M.
- III. Das Wehl ist in den durch ein Verkaufsgeschild ...

Verkauf von ausländischem Weizenmehl

gemäß dem Beschluß gegen Abgabe des Abschnittes 14 der allgemeinen Lebensmittelarten in Empfang zu nehmen, und zwar in der Zeit von

Wittwoch, den 16. bis zum Mittwoch, den 23. April.

Zusätzlich ist das Kleinhandelsgeschäft, in dem die Weizenmehl I und 2 der Lebensmittelarten angemeldet worden sind.

- IV. Die Kleinhandler sind verpflichtet, die Säcke oder Behälter, aus denen sie das ausländische Mehl verkaufen, dem Publikum sichtbar im Laden aufzustellen. Die Säcke oder Behälter sind durch ein Schild mit der Aufschrift „Ausländisches Weizenmehl“ zu kennzeichnen.
- V. Die Kleinhandler haben die von ihnen für das ausländische Weizenmehl angenommenen Abschnitte der Lebensmittelarten am Donnerstag, den 24. April, an ihren zuständigen Großhändler abzuliefern.
- VI. Es ist unzulässig, die Abschnitte 14 der Lebensmittelarten in anderen als den unter III genannten Geschäften abzugeben.
- VII. Verkaufsbedingte, welche die Abschnitte 1 und 2 der allgemeinen Lebensmittelarten nicht angemeldet hatten, können sich im Bureau der unterzeichneten Abteilung, Burgstraße 2, Erdgeschoss, Zimmer 8, wegen Ueberweisung an ein Geschäft melden.
- VIII. Die ordnungsmäßige Ausgabe des Mehls in den Kleinhandelsgeschäften wird durch strenge Kontrollen überwacht. Die Kleinhandler, die das reine, ausländische Mehl etwa zueinander vermischen oder verwechseln, haben unmissverständlich die Schließung des Betriebes zu gewärtigen. Im übrigen finden, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen ausprechen, die Strafbestimmungen des § 10 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 18. Oktober 1918 Anwendung.

Berlin, den 10. April 1919.

Magistrat.
Abteilung für Nahrungsmittel.
3-Pr. 2010 22.

Bekanntmachung

Warmeade.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1918 wird für den Gemeindefeiert der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt Nummer 107 und 108 der Lebensmittelarten der Stadt Berlin müssen 250 Gramm warmeade.
2. Die Abschnitte Nr. 107 und 108 sind nur in den durch ein Verkaufsgeschild ...

„Verkauf von warmeade auf Lebensmittelarten der Stadt Berlin“

gemäß dem Beschluß gegen Empfangsbekanntmachung abzuliefern, und zwar am Freitag den 11. Sonntag, den 12. und Montag, den 13. April 1919. Nachträgliches Anmelden findet nicht statt. Es ist unzulässig, die warmeade in anderen als den durch ein Verkaufsgeschild angegebenen Geschäften, die nicht im Besitze des Verkaufsgeschildes sind, in die Annahme von Kleinhandelsgeheimnissen zu geben.

Die Kleinhandelsgeheimnisse haben die von ihnen angenommenen Kleinhandelsgeheimnisse an einem der unten benannten Großhändler bis zum Mittwoch, den 10. April 1919, unmissverständlich abzuliefern. Jeder Kleinhandler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, mit dem Verkauf beginnen und dies durch Verkauf anzeigen.

Die warmeadeabfabriken dürfen nicht in der Lage sein, die volle Menge an einmal zu liefern, ist es möglich, daß sich in einzelnen Kleinhandelsgeheimnissen der Verkauf der warmeade hinauszögert. Auch bei einer solchen Verzögerung der Lieferung ist jedoch eine Nichtbelieferung keinesfalls zu befürchten.

Berlin, den 8. April 1919.

Magistrat.
Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung.
Kung.

Wirtschafts-Bereinigung Siemensstadt

e. G. m. b. H.

Zur Bekanntmachung des Magistrats vom 8. h. 1918, werden die von uns seit langem geforderten

Kundenlisten für den Bezug städtischer Lebensmittel

unmüde eingeleitet.

Die Listen liegen ab heute in unseren Verkaufsstellen aus und müssen bei Entlohnungen in dieselben bis Montag, den 14. April, eingelegt sein.

Personen, welche die Anmeldebogen vorbringen, sind laut obiger Bekanntmachung vom Bezug der nach den Kundenlisten zu verteilenden städtischen Lebensmittel ausgeschlossen. Diejenigen unserer Kunden, die sich schon auf Grund der Listen des Anmeldeengagements, durch Unterschrift bereit erklärt haben, ihre Waren bei uns zu beziehen, bitten wir nochmals, die Abkempfung der Lebensmittelarten und Entlohnung in die Listen in obiger Zeit bei uns vornehmen zu lassen.

Wir sind zur Abgabe sämtlicher städtischer Waren (einschließlich Margarine) zugelassen, und bitten wir unsere Kunden, von dieser Entlohnung gegen Gebrauch zu machen.

1919.

Bekanntmachung

Für alle in den Ortsteilen Berlin-Wittenau m. Döllberg und Döllberg, Gernsdorf, ...

Bekanntmachung

Für alle in den Ortsteilen Berlin-Teetz mit Kolonie Freie Höhe, ...

Bekanntmachung

Für alle in den Ortsteilen Berlin-Teetz mit Kolonie Freie Höhe, ...

Sozialdem. Wahlverein

Bezirk Oberschöneweide.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag verstarb unser Genosse

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Josef Bartl

im Alter von 46 Jahren.

Wie werden heute seiner regalen Beerdigung in der Nacht in Ehren gehalten.

Reparaturen an Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Addier-Maschinen

schreib. Rechenmaschinen, Addier-Maschinen

in eigener mechan. Werkstatt bei billiger Berechnung.

Auswärtige Abgabe von Rechenmaschinen.

Cosmos

Leipziger Straße 23

neb. Kempinski-Haus, Fernspr. Zentr. 180 u. 419.

A. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. 2. sprechen Potsdamer Str. 113. (Lützowstr.) Langjähr. Erfah. Zuverläss. Rechtszustand in Ehe, Alimenten-u. Verlassenschafts, Güterverträge, Erbschaften, — Beobachtungen, Lit. 209. Achtung! Mit der Dr. v. Kirchbach O. m. b. H., Alexanderstr. 48, habe ich keine Verbindung. Landgerichtsrat von Kirchbach.

Schreibmaschinen

sofort verhandelt wie White, Ideal, Continental, Remington, Smith-Bernie, Underwood, Lippold, Ikon, Eikon, Rechenmaschinen fast alle Systeme, Rohle, Hochdruckpapiere, Farbender, Möbel.

Schäfer & Glauß, Berlin

Leipziger Straße 18. Zentrum 9211, 9230, 9701.

Prozesse

Rat, Heilung, mögliche Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Amtsentsetzungen

Zähne

M. Löser, nur Brunnenstr. 185, w. Rosenh. Pl. u. Invalidenstr. Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 Uhr.

Deutscher Bauarbeiter - Verband. Verein Berlin.

Bureau: Engelauer 15. Geöffnet von 9-1 Uhr und 5-7 Uhr nachmittags. Sonnabendnachmittag geschlossen.

Am Sonntag, den 13. April, vormittags 10-1 Uhr, finden in allen Bezirken in untenstehenden Lokalen die

Delegiertenwahlen zum außerordentlichen Verbandstag statt.

folgenden, die sich an der Wahl beteiligen, müssen sich durch das Mitgliedbuch des Bauarbeiterverbandes legitimieren, in dem höchstens acht Verträge im Rückstand sein dürfen. Arbeitslose legitimieren sich durch die Kontrollkarte.

Moabit	Mattick	Salzweider Str. 13
Wedding	Seefeld	Schulstr. 114
Norden 1	Bolle	Rebener Str. 3
Norden 2	Kantack	Wischerstr. 3
Nordosten	Hoffmann	Zwinemünder Str. 47
Osten 1	Kurrock	Pionierplatz 5
Osten 2	Spaeth	Georgentischstr. 65
Südosten	Schwarz	Langstr. 53
Süden	Kempin	Zicker Str. 85
Südwesten	Fröhlich	Wustauer Str. 1
Westen	Vogel	Brüder Str. 46
Gesundbrunnen	Schult	Marienborfer Str., Ecke Tolmstr.
Oranienburger	Wiemers	Nälwstr. 58
Vorstadt	Handel	Prinzessallee 57
Adlershof	Dahms	Schlegelstr. 9
Alt-Gliencke	Toepfer	Gelbigstr. 31
Baumschulweg	Stadie	Grünauer Str. 7
Charlottenburg	Krause	Marienbaler, Ecke Riefholzstr.
Cöpenick	Volkshaus	Rosinerstr. 3
Friedrichsfelde	Glanert	Grünauer Str. 7
Friedrichshagen	Sommerfeld	Wustauer Str. 70
Friedenau	Schröder	Seebr. 103
Johannisthal	Schönefeld	Richterstr. 23
Lankwitz	Göbin	Kronstr. 2
Lichtenberg	Schulz	Kurfürststr. 37
Lichtenrade	Pickenhagen	Scharweberstr. 60
Lichterfelde	Jantke	Krügerstr., Ecke Hohenzollernstr.
Mahlsdorf	Begener	Hindenburgamm 104
Mariendorf	Soak	Vahnhöferstr. 22
Marienfelde	Benschek	Chausseestr. 27
Neukölln	Schuster	Kirchhofstr. 41
Oberschöneweide	Wolff	Kirchhofstr. 41
Pankow	Lohde	Steinwegstr. 35
Reinickendorf	Berger	Wilhelminenhöferstr. 79
Schmargendorf	Wanske	Brehmerstr. 25
Schöneberg	Feind	Reichenstr., Ecke Schöndorfer Str.
Steglitz	Bringmann	Breitstr. 2
Stralau	Folger	Kühnstr. 16
Tegel	Schellhase	Thurnstr. 15a
Teltow	Holka	Stralauer Allee 25
Wannsee	Messerknecht	Schleierstr. 64
Wilmsdorf	Bonow	Berliner Str. 16
Zehlendorf	Schoize	Wrauser. 49
	Koch	Chausseestr. 2a
	Masche	Berliner Allee 251
	Reuter	Görlener Str. 6
	Mieckley	Vorsdamer Chaussee 25

Achtung!
Sonnabend, den 12. April, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
aller sich im Streit befindlichen Maurer, Bauarbeiter, Zementierer und Einschaler
im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Sonnabend, den 12. April, abends 6 Uhr,
in der Festhalle des Stadthauses, Eingang Klosterstraße
Versammlung der Eisenbahner
(Betriebs-, Verkehrs-, Bureau- u. Werkstättenpersonal)
Tagesordnung:
Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft.
Referent: Redakteur Erich Ruttner.
Preis Ausdrache. (206/15) Der Verbandsführer.

Große öffentl. Versammlung
der Zentrale
für Einigung der Sozialdemokratie.
Sonntag, den 13. April, vorm. 10 Uhr,
im „Café Germania“, Wilmersdorferplatz.
Genosse **Eduard Bernstein** spricht über:
„Die politische Lage und die Politik der Sozialdemokratie.“
Außerdem sprechen namhafte Redner beider Parteien über
„Nieder mit dem Bruderkampf“.
Eintritt 30 Pf. X Sozialdemokraten! Erscheint in Massen!

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Bureau: Berlin, Mühlstr. 20, geöffnet werktäglich 10-8 Uhr
Deuts. Festtag, den 11. April, abends 7 Uhr, im großen Saal der „Böcke“, Burgstraße:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht für 1918. 2. Wahl des Aktionsausschusses. 3. Stellungnahme zum Verbandstag.
Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedbuchs.
Die Ortsverwaltung.

Große Versammlung der deutschösterreich. Kriegsteilnehmer
Sonntag, den 13. April, 1/2 11 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15.
Deutschösterreich. Hilfs- u. Wirtschaftsbund.

Soeben erschienen neu in 250. Auflage
Hygiene der Ehe
Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute
von Frauenarzt Dr. med. Zitel, Berlin.
Aus d. Inhalt: Ueber die Frauenorgane. Körperliche Eignung und Untauglichkeit. Gebär- u. Stillfähigkeit. Frauen, die nicht heiraten sollten! etc. - Enthaltensamkeit. Ausschweifungen vor der Ehe. Eheliche Pflichten. Keuschheit od. Olygamie? Hindernisse der Liebe etc. - Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz. - Körperliche Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weiblichen Geschlechtskrankheiten. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren späten Heiratsalters für die Frau. Hysterische Anfälle etc.
Bezug gegen Einsendung von 2 M. franko od. Nachn. durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Aht. 305, Berlin NW 87

Aufruf!
Am 7. 3. 1917 ist in Berlin der Junolde Heinrich Bunzel verstorben. Derselbe hat im Testament vom 4. Juni 1914 auch seinem Sohn Paul Bunzel einen Erbeileil angesetzt. Dieser vorbestimmte Sohn wird hiermit aufgefunden, unter Vorlegung des Vermögensverhältnisses zu dem Erblasser sich bei dem unterzeichneten Pfleger innerhalb 1 Monats zu verhalten.
Der Abmahnungspfleger
Rechtsanwalt Georg Horn,
Berlin, Neue Schönhaferstr. 174/75

Möbel
äußerst billig.
Schlafzimmer
m. Stuhl, mar. Spiegelkasten u. Wäschereiarbeitung
von Mk. 1750.- an.
Speisezimmer
Büfett, Kredenz, Tisch, 6 Stühle
von Mk. 2495.- an.
Küchen
in allen Farben - billig
von Mk. 375.- an.
Ruhebetten
in prima Stoffverarbeitg. (ehr billig) - auf Wunsch Zahlungserleichterung
Stolzmann
Berlin SW. 100
Belle - Alliance - Str. 100

Uhlandstraße
zwischen Lietzenburger u. Ludwigkirchstraße
Sehr gut erhaltenes Reichenhaus mit Warmwasser, Gasheizung, elektr. Licht, Ofenheizung, enthält: 3 Etagen u. 4. u. 7. Zimmerwohnungen, die durchweg sehr reizungsfähig sind. Neben mir bei einem Bräutigam von jetzt schon Mk. 25.000.- für d. Bierspreis von Mk. 450.000.- zu verkaufen. 12092
Isr. Schmidt Söhne,
Reichsstr. 112, C. Bauernstr. Zentrum 12090-3 u. 3096.

DER FREIHEIT EINE GASSE



Spartacus
Ein Eroberroman von Hans Land.
Preis gebunden 8,50 M., gebunden 8,- M.
Voll tiefer Bedeutung für die Gegenwart ist dieser große Roman, in seiner Art ein Gegenstück zu dem berühmten Roman von Sienkiewicz Quo vadis.

Ferner liegen wieder auf:
Von Maxim Gorki:
Der Spitzel Gebunden 5,50 M., gebunden 7,70 M.
Die Mutter Gebunden 5,50 M., gebunden 8,80 M.
Von Dostojewski:
Der Idiot Roman in zwei Bänden. Gebunden 10,- M., gebunden 15,50 M.
Von Anatole France:
Blaubarts sieben Frauen Gebunden 4,50 M., gebunden 6,80 M.
Berlin W 9, Köthener Straße 27.
Abtlg. 9.

Zu beziehen durch **Vogler & Co.,** Köthener Straße 27.

VOGLER & CO

BERLIN W 9, KÖTHENER STR. 27

Abteilung No 8

Versteigerung von Kraftwagen.

Am 16. April 1919 findet durch das Reichsverwertungsamt, Verkaufsstelle für Automobilmotoren, auf dem Gelände der Norddeutschen Flugzeugwerke in Teltow, 10 Uhr vormittags beginnend, eine öffentliche Versteigerung von Kraftwagen statt.
Zur Versteigerung gelangen:
ca. 40 Kraft- und Lieferwagen,
ca. 7 Personenwagen,
ca. 8 Krankenwagen,
ca. 12 Omnibusse,
ca. 11 Seitenhänger,
ca. 32 Krankenwagenanhänger,
ca. 7 Küchenanhänger,
ca. 1 Tankwagen,
diverse Antriebsmaschinen,
einige Motoren von ca. 100 PS sowie Motorteile.
Bezugnahme der Versteigerungsobjekte nach Einzelheiten über die Versteigerung ist vom 9. April 1919 ab in der Bauhilfsstelle Berlin-Tempelhof und auf dem Versteigerungsgelände in Teltow kostenlos zu erhalten.
Der Zutritt zur Versteigerung am 16. April ist nur gegen Hinterlegung einer Bietkaution von Mk. 500.- pro Person gestattet; die Kautionskass bei der Bauhilfsstelle in Berlin-Tempelhof, Berliner Straße, vom 9. April ab schon geöffnet werden. Ohne Hinterlegung der Bietkaution kann das Gelände in Teltow am Versteigerungstage nicht betreten werden.
Die Objekte können wiederum am 9. April ab von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags besichtigt werden.
Der Betrieb irgendwelcher Geschäfte oder das Festhalten irgendwelcher Gegenstände auf dem Versteigerungsgelände ist nicht gestattet.
Die versteigerten Kraftfahrzeuge werden nach Möglichkeit kostenlos vom Versteigerungsgelände bis zum nächsten Straßenbaum oder bis zur Eisenbahnrampe in Teltow gefahren, ohne jedwede Haftung und auf Gefahr des Erwerbers.
Berlin, den 4. April 1919. 1271
„Reichsverwertungsdienst“
Verkaufsstelle für Automobilmotoren („Baubüro“).

Bereifung.

Für zugelassenes Auto vier Decken und vier Schläuche, Größe 650/80 sofort zu kaufen gesucht. Offerten an
Held & Franke, Aktiengesellschaft,
Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 1.

Billiges Möbelangebot

wegen Aufgabe der Fabrikation
Verkauf von Herren-Speisezimmern
von einf. bis reichhalt. Ausst. dir. an Private z. Fabrikp.
Kuhn & Co., Möbelfabrik-Lager
Breitestr. 29, gegenüber von Hertzog.

Treibriemen

bezugscheinfrei, in bewährter Qualität bietet an
Siegfried Reiche jun.
Cöpenicker Straße 127.

Kostüme,
hochleg., nur beste Stoffe, vornehmliche Arbeit.
Kostüme in Schwarz und farbige
gute Qualität von 185 M. an.
Paletots 1. versch. Stoffe, elegant figurb.
Seldene Regenmäntel, nach gut. Qual. sehr preisw.
Röcke und Blusen elegant figurb., billig.
Max Laboschin, Damensachen.
Seydelstr. 2 am Spittelmarkt, 1 Tr.
Bis 7 Uhr abds. geöffnet

!!! Geld !!!
für jede Verzinsung. Höchste Verkaufspris für Handbühnen, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. C. & Radtke.

Stoffe
Damen-Kostüme
Meter 20,- 30,- 40,- 50,-
Herren-Anzüge
Meter 30,- 40,- 50,- 60,-
Tuchlager
Koch & Seeland
G. m. b. H.,
Gertraudenstr. 20 21
Verkaufszeit v. 8-2 Uhr.

Rauchtabak
(Preis Erfah.), garantiert reiner, reiner Bittertabak, 10 Päckchen 20,-, 100 Päckchen 200,-, 200 Päckchen 400,-, 500 Päckchen 500,-, 1000 Päckchen 1000,-, 2000 Päckchen 2000,-, 5000 Päckchen 5000,-, 10000 Päckchen 10000,-, 20000 Päckchen 20000,-, 50000 Päckchen 50000,-, 100000 Päckchen 100000,-, 200000 Päckchen 200000,-, 500000 Päckchen 500000,-, 1000000 Päckchen 1000000,-
Zigaretten: 100 Stk. 60,-, 200 Stk. 100,-, 500 Stk. 250,-, 1000 Stk. 500,-, 2000 Stk. 1000,-, 5000 Stk. 2500,-, 10000 Stk. 5000,-, 20000 Stk. 10000,-, 50000 Stk. 25000,-, 100000 Stk. 50000,-, 200000 Stk. 100000,-, 500000 Stk. 250000,-, 1000000 Stk. 500000,-
zur Probe je 2 Stk. zusammen 10 Stück 20,-

L. Manheimer, Berlin
Bergmannstr. 1 (nahe Kreuzberg)

Wie ein Wunder
besenigt
San-Rat Haussalbe
Dr. Strahl's
ed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Heilschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originaldosen 4 25 750 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“
Berlin SW 14, Leipziger Straße 74 (a. Dönhofspl.)

Holz
erfahrig und fleißig.
Liefert prompt und preiswert
Friedländer & Co., Kohlen-Invalidenstr. 50 St. Stock. 7255.
Flohe
Brot löst „Problimat-Pulver“, Dose 1,50 Mk., 3 Dosen 5,00 Mk., 6 Dosen 9,50 Mk., Löwen-Apotheke, Hannover 10

Mehrere rentable
Rentenhäuser
in guten Gegenden, mit gerechten Hypotheken und steigenden Mieten zu verkaufen
durch die 1918
Pro Domo Akt.-Ges.,
Berlin W 8, Leipziger Str. 23.

Miesig
günstige Gelegenheitskäufe in gebrauchten Spiel-, Herren-, Schul-, Wohnzimmern und Küchen. Veräußerung lohnt.
Möbelhaus Osten
nur Andreas-Strasse 30.
Kluge Handwerker

bereiten sich vor für den bevorstehenden Aufschwung, erhöhen jetzt ihre Kenntnisse und Fertigkeiten und sichern sich damit eine gute Existenz oder glänzende Stellung. Verlangen Sie von mir sofort umsonst einen illust. Katalog über anerkannt gute, erprobte und lehrreiche Fachbücher, die Sie in Ihrem Berufe fördern und vorwärtsbringen. Für Meister Lehrling und Geselle. Bei uns angeben. Carl Horn, Ludwig, Breslau, 23/17

Am Bahn. Jungfernheide
Raus mit Ofenheizung
ist bei 35 Wime Wime für 15000 Mk. zu verkaufen. Günstige Lage, voll verziert. Näheres durch
Pro Domo, Akt.-Ges.,
Berlin W 8, Leipziger Str. 23

Tabak
Gamen, 1 Gert., mehrere Tausend Röhren 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-, 21.-, 22.-, 23.-, 24.-, 25.-, 26.-, 27.-, 28.-, 29.-, 30.-, 31.-, 32.-, 33.-, 34.-, 35.-, 36.-, 37.-, 38.-, 39.-, 40.-, 41.-, 42.-, 43.-, 44.-, 45.-, 46.-, 47.-, 48.-, 49.-, 50.-, 51.-, 52.-, 53.-, 54.-, 55.-, 56.-, 57.-, 58.-, 59.-, 60.-, 61.-, 62.-, 63.-, 64.-, 65.-, 66.-, 67.-, 68.-, 69.-, 70.-, 71.-, 72.-, 73.-, 74.-, 75.-, 76.-, 77.-, 78.-, 79.-, 80.-, 81.-, 82.-, 83.-, 84.-, 85.-, 86.-, 87.-, 88.-, 89.-, 90.-, 91.-, 92.-, 93.-, 94.-, 95.-, 96.-, 97.-, 98.-, 99.-, 100.-
Gustav Winkler,
Gartenhäuserstr. 10
Reichenbach 1. Schützen.

Groß-Berlin

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Die Minister des Innern und der Finanzen haben auf den Antrag einer Stadtverwaltung dahin entschieden, daß das Verfahren, für längere Zeit zurückliegende Zeitabschnitte Erwerbslosenunterstützung nachträglich zu bewilligen, nicht gebilligt werden könne.

Das Ministerium des Innern hat befürwortet, weitestgehend von der Bestimmung Gebrauch zu machen, daß an die Stelle von Geldunterstützung auch Sachleistungen, Gewährung von Lebensmitteln, Mietunterstützung u. dgl. treten.

S. P. D.-Arbeiterräte und kommunale Arbeiterräte!

Heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, in der Schulaula Weinmeisterstr. 15 gemeinsame Sitzung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Der Vollzugsrat wählt eine aus den beiden sozialdemokratischen Parteien paritätisch zusammengesetzte Kommission, die mit der Gewerkschaftskommission zwecks Stellungnahme zum 1. Mai in Verhandlungen treten und in der nächsten Sitzung das Ergebnis berichten soll.

Den in schwerem wirtschaftlichem Kampfe stehenden Bankbeamten spricht der Vollzugsrat vollste Sympathie aus. Der V. R. wird, der im Jirka-Buch gefassten Resolution gemäß, alles tun, was in seinen Kräften steht, um die gerechten Forderungen der Bankbeamten zu vertreten.

Die Bankbeamten sollen aber hieraus die Lehre ziehen, daß nur durch Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter im konsequenten Kampf dem Kapitalismus Zugeständnisse abgerungen werden können.

Ein weiterer Antrag, die Berichte des Vollzugsrates im „Vorwärts“ wegen seiner unobjektiven Berichterstattung nicht mehr zu veröffentlichen, wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Anmerkung der Redaktion: Wir haben niemals irgend eine andere Forderung an den uns zugegangenen Berichten des Vollzugsrates vorgenommen als Kürzungen im Ausdruck, die durch die Raumberhältnisse gefordert wurden.

Ententemehl ab Mittwoch!

Das erste halbe Pfund niedrig ausgemahlten ausländischen Weizenmehls kann von Mittwoch ab ohne Voranmeldung gegen Abrechnung des Abchnittes Nr. 14 der allgemeinen Berliner Lebensmittelkarte bezogen werden.

halbe Pfund festgesetzt. Die Gemeinden beziehen das Mehl zu 2 M. je Pfund von der Reichsgetreidestelle. Das Reich hat diesen Preis so hoch festgesetzt, um eine Steigerung des Brotpreises zu vermeiden.

Wo bleibt der Segen?

Durch die Zeitungen ging dieser Tage die Nachricht, daß aus den Betrieben der Herresverwaltung für 75 Millionen Mark Stoffe in den Handel überführt seien, um den dringendsten Anforderungen der Bevölkerung an Bekleidung gerecht zu werden.

Zum Kohlfleischerfreit werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es den Fleischern ganz unmöglich ist, zu dem festgesetzten Preis von 1,80 M. zu verkaufen. Das Reich selbst die Provinzialfleischstelle erklärt, daß sie zu solchem Preis kein Pferdefleisch liefern kann.

Sammelt die Küchenabfälle!

An die Einwohner Berlins ergeht die dringende Bitte, die Küchenabfälle im Interesse der Kranken- und Säuglingsmilchversorgung getrennt von allem Schmutz, Mist und Fremdkörpern an die auf jedem Grundstück dazu bestimmte Sammelstelle abzuführen.

Geschlechtskrankheiten!

Im Krieg haben viele das Unglück gehabt, geschlechtskrank zu werden. Manche wissen es selbst nicht, andere begeben den großen Fehler, ihr Leiden zu verbergen und sich nicht behandeln zu lassen.

Einem allgemeinen Wunsche entsprechend veranstaltet die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten heute Freitag Lichtbildervorträge

von auf diesem Gebiete besonders erfahrenen Beratern. Da ein zahlreicher Besuch zu erwarten ist, tut man gut, sich zeitig einen Platz zu sichern. Eintritt überall 10 Pf.

in den Pharus-Sälen, Norden, Müllerstr. 142. Redner: Dr. Rossbacher; in den Union-Festhallen, Nordosten, Greifswalder Straße 221. Redner: Dr. Druder; in Treptow, Alt-Treptow 5, Paradiesgarten. Redner: Dr. Kochmann;

in Grig, Chausseestraße 1, Gemeindefchule. Redner: Dr. Kerr. Nur für Frauen: in der neuen Stadthalle, Klosterstraße. Frauenarzt Dr. Max Girsch. Auf den Vortrag des bekannten hiesigen Frauenarztes Dr. Max Girsch, der nur für Frauen spricht, sei noch besonders hingewiesen.

Rätselhafter Vergiftungsstod dreier Personen.

In der Cöpenicker Straße 4 wurden im Erdgeschoss des Duergebäudes die Arbeiterin Theodora Tiege, geborene Kaczmarek, mit ihrem Bräutigam, dem Maurer Vincenz Kibalowsky, und ihrem drei Jahre alten Töchterchen Hildegard tot aufgefunden.

ungeklärt ist, ob etwa beide mit dem Kinde freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Alle drei Leichen wurden zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht.

Der Müllfahrersfreit beendet. Infolge Vergleichs werden die Ausständigen heute früh die Arbeit wieder aufnehmen

Für 10 000 Mark Schladwurst erbeuteten Einbrecher in der Märker Straße in einem leerstehenden Laden, in dem 9 Zentner Schladwurst für die Truppen vorläufig aufgespeichert standen.

Infolge des Ruhrgebietstreiks müssen bereits verschiedene Schnellzüge ausfallen und der Frachtgüterverkehr mit gewissen Ausnahmen eingestellt werden.

Post- und Telegraphenangelegte bei den Vorantämtern Groß-Berlins, welche auf dem Boden der S. P. D. stehen, werden gebeten, ihre Adresse an Ober-Telegraphenassistent Gronefeld, Berlin-Lichtenberg, Schottstr. 1, einzufenden.

Die Ausführendbestimmungen zur Erwerbslosenfürsorge sind kostenfrei Breitefrage 36 erhältlich.

Treibzug-Sternwarte. Morgen Sonnabend, 5 Uhr: „Ferienlage an der Dülse, in der Schweiz und dem Spreewald“ (Filme). Sonntag, 8 Uhr: „Am Rande der Schwarzen“ (Deutscher Subanfilm). 5 Uhr: „Wider aus dem Garg, Thüringen und dem Riesengebirge“ (Filme). 7 Uhr: „Ferienlage an der Dülse, in der Sächsischen Schweiz und im Spreewald“ (Filme). Dienstag, 7 Uhr: „Unter Wägen von den Sternennellen“ (Hilfsbilder-vortrag von Dir. Dr. Ardenholz).

Verkehrsverband an der Reinickendorfer-Liebenwalde-Groß-Schönefelder Eisenbahn. Ab 10. April werden Kolonisten-Zahlscheine für die vorliegende Bahn ausgegeben auf neue Kolonisten, die durch neue Anträge bei der Betriebsleitung in Reinickendorf-Kolonistal angefordert sind.

Auf der Strecke Berlin-Strausberg verkehrt von heute ab ein neues Zugpaar und zwar ab Strausberg 6.30 früh, an Schleichener Bahnhof 7.12 und ab Schleichener Bahnhof 1.30 mittags, an Strausberg 2.14 nachm.

Juristische Sprechstunde heute von 3-5 Uhr.

Neulösn. Warnung! Bei den Kanalisationsarbeiten in der Lohndirstraße wird von der Schulaula die in Aufschaltung begriffene Baugrube überprüngen und sonstiger Anflug getrieben. Da die Baugrube sehr tief ausgehacht wird, ist das Spielen für die Kinder mit größter Lebensgefahr verbunden.

Neulösn. Volkstümliche Vorträge. Infolge Erkrankung der Opernsängerin Ulrike Harber kann heute der Ariens- und Lieberabend nicht stattfinden. Dafür findet am 16. d. abends 8 Uhr, ein Ariens- und Lieberabend der Opernsängerin Emma Denera vom Berliner Opernhaus unter Mitwirkung des Professors Mayer-Rabj statt, zu welchem die heutigen Eintrittskarten Gültigkeit behalten.

Tempelhof-Mariendorf. Die Freie Turnerschaft veranlaßt heute Freitag, 7 1/2 Uhr abends, in der Schulaula Tempelhof, Friedrich-Wilhelm, Ecke Herderstraße, eine öffentliche Sportveranstaltung. Tagesordnung: Referat über die Bedeutung von Spiel, Sport und Turnen für die Arbeiterklasse. Freie Ausdrücke. Sonntag, 3 Uhr nachmittags: Öffentliches Schachturnen in der Schulturnhalle, Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Str. Regere Beteiligung erbeten.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. 107, 108 zusammen 500 Gramm Marmelade. Anmeldung in den durch Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften von heute bis Sonntag.

Pankow. Ab Sonnabend als Ersatz für Fleisch 50 Gramm Hülsenfrüchte (Abchnitt 11, Fleischkarte). Lichterfelde. Mitglieder der Zentralkasse für die Einigung der Sozialdemokratie, sowie Angehörige der S. P. D. und U. S. P. D., die sich für die Einigung interessieren, werden gebeten, sich Sonntag, vor-mittags 10 Uhr, in Hennig's Resthause, am Bahnhof Ost, einzufinden. Dr. Blatow S. P. D., Frau Kliche U. S. P. D.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wilmersdorf. Morgen Sonnabend, 7 1/2 Uhr, Aula der Viktorie-Luisen-Schule: Fortsetzung unserer Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Jugendveranstaltungen.

Die Arbeiterjugend Woabits trifft sich heute Freitag, abends 7 Uhr, in der „Vorwärts“-Erdhölle Wilhelmshagenener Str. 48. Adolf Joseph, Weihenstephan. Heute Lichtbildervortrag im Jugendheim, Weidenpromenade 1 (Kedigenheim). Thema: „Eine Wanderung ins Bellin“. Anfang 8 Uhr. Einlass 25 Pf.

Jugendheim SW. 68. Lindener Str. 3. Heute abend 7 Uhr, Diskussionsabend: Proletarische Weltrevolution. Leitung Gen. Berger. Lichtbildervortrag über „Die Feuergeballen der Erd.“ mit 48 Lichtbildern, Sonntag, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindener Str. 3. Einlasskarten zu 40 Pf. bei Joseph, Wilhelmshagenener Str. 48, sowie im Jugendsekretariat, Lindenstr. 114, vorn I regist.

Wettersprognosen für das mittlere Norddeutsche bis Sonnabend mittags: Zunächst noch vielmalig wolkig und ein wenig kühl, mit wohl verbreiteten, im allgemeinen geringen Niederschlägen, später zeitweilige Aufhellung und wieder etwas wärmer.

SALZGEMÜSE Rotkohl - Weiskohl - Wirsing - Spinat - Möhren - Bohnen

Advertisement for 'Salzgemüse' (pickled vegetables) featuring a grid of information for various roles: Die Hausfrau, Der Kleinhändler, Der Grosshändler, Der Vertreter, and a list of 'Weitere Großhändler' and 'Weitere Vertreter' with their addresses in Berlin.

Nationalversammlung zu Weimar

(Schluß aus der ersten Beilage.)

Hg. v. Bader (Dem.): In der Sitzung des Reichsfinanzministers war die wichtige Mitteilung, daß unser Bestand an Schatzanweisungen um weitere 8 Milliarden erhöht werden muß, und daß aus neuen Steuern nicht weniger als 7 Milliarden herausgeholt werden müssen. Unsere Feinde würden sich aber irren, wenn sie aus diesen großen Rissen Schlüsse ziehen wollten auf Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit. Unsere Gegner haben die Zeit verpaßt. Im Oktober vorigen Jahres waren wir wirtschaftlich sehr geschwächt.

heute sind wir auf einem nicht mehr zu unterschätzenden Tiefstand unserer Wirtschaft angelangt. Damit müssen unsere Gegner genau so rechnen, wie wir selbst. (Sehr richtig!)

Wir sind leider nicht so populär, wie die Nationalversammlung von 1848. Damals sah das Volk, befreit von unerhörtem Druck, eine herrliche Zukunft von Freiheit, Fortschritt, Wohlstand und Recht vor sich, und die Nationalversammlung war das Sinnbild dieser ganzen Herrlichkeit.

Heute liegt Deutschland am Boden, wir sehen einer Jahrzehnte langen Unterdrückung und Selbstgüde entgegen. Wir sollen den Frieden schließen, das ist eine undankbare Aufgabe. Der Sprung damals vom Feudal- und Hörigkeitsstaat zum Volksstaat, der Sprung von der politischen Rechtslosigkeit zur Regierung des Volkes war unendlich viel größer als der Sprung jetzt vom parlamentarischen Regierungssystem zur Republik.

Angesichts aller Leistungen dürfen wir wohl sagen: Es ist eine gewaltige Summe Arbeit, die wir geleistet haben. Es ist auch eine große Summe von Opfern und Verzichten, die wir auf uns genommen haben, und wir dürfen hoffen, daß uns die Nachwelt das einmal besser anrechnen wird, als die bestimmte Gegenwart. (Beifall.) Schuld ist das Bild, das die auswärtige Politik bietet. Wir können trotz allem, aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers ersuchen zu können, daß er der Zukunft nicht hoffnungslos, sondern mit einer gewissen Festigkeit entgegensteht. Der Ministerpräsident hat uns eine Unterredung der schwersten Vorgänge durch einen Staatsgerichtshof angefragt, und wie man hört, dürfen wir den nächsten Tagen erwarten. Ich möchte die Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, ohne meine warnende Stimme über geplante Vorgehen zu erheben.

Der Schuld hat, soll sein Recht finden, aber nicht in der geplanten Form und nicht in diesem Augenblick. (Sehr richtig!) Die Bedenken dagegen sind doch sehr erheblich. Die Schuld unserer Politiker und Feldherren kann doch nicht allein beurteilt werden nach unseren Hoffnungen, sondern dazu gehört auch das Material, das unsere Gegner haben, und die haben es doch schon abgelehnt, einen internationalen Gerichtshof einzusetzen. Die bevorstehende Verhandlung mit Deutschland ist das einzig erfreuliche, was uns auf dem Gebiet der auswärtigen Politik bevorsteht: die Nationalversammlung will die Vereinigung durchgeführt wissen. (Leb. Beifall und Zustimmung.) Und hoffentlich wird nichts veräumt, um diesen Willen zur Tat werden zu lassen.

Im weiteren gilt es, den Frieden zu schließen. Die Vorbereitungen des Friedens scheint nach den Ausführungen des Ministers Graf Bredow in der richtigen Weise zu erfolgen. In der inneren Politik geht ein starker teilweise parlamentarischer und ein starker durch das Reich, wohlwollend gefördert durch den Reichsminister des Innern. Der Höhepunkt dieser inneren Bewegung befindet sich in dem Plan einer Aufteilung Preussens. Es ist erwünscht, daß die Regierung frei von jeder unbegründeten Reaktionsfurcht sich an den Versuchen, Ordnung zu schaffen, nicht beteiligen will. Wir und alle besonnenen Staatsbürger werden ihr dabei alle Unterstützung gewähren. Wir von der demokratischen Partei stellen uns fest auf den Boden des demokratischen Prinzips.

von dem wir nicht abweichen. Das Räteprinzip, das einseitigen Standes, Erwerbs- und Interessengruppen die ausschließliche politische Macht in die Hand spielen soll, das verwirft man als unzulässig und entschieden. (Sehr richtig bei den Dem.) Wir wollen nicht eine Massenherrenschaft gesetzlich sanktionieren.

Wir sehen doch in dem Betriebsbetrieb die beste Wirtschaftsform. Wohl aber sind wir im Interesse des Friedens und unserer Ruhe bereit, mit der Regierung so weit zu gehen, als sie selbst es uns nachdrücklich. Weiter gehen wir nicht, denn wir Experimenten ist jetzt nicht die Zeit. (Sehr richtig!) Ein so hochstehendes Volk wie das deutsche kann nur untergehen, wenn es sich selbst aufgibt. Das wollen wir aber nicht. Höher als alles andere steht uns jetzt die Rettung des Vaterlandes. Höher es unseren gemeinsamen Bemühungen gelingen, die Nation aus schwerer Nacht dem Licht entgegenzuführen. (Lebhafter Beifall bei den Dem.)

Herr Schulz-Bromberg (Nat. Sp.): Der Tag der Staatsberatung ist der Tag der Kritik. Anlaß zur schärfsten Kritik ist gegeben.

Unter Bismarck genoss das Auswärtige Amt unbeschränktes Vertrauen.

Die Kriegswirtschaft muß schneller abgebaut werden. Wenn man uns diese Erfahrungen nicht, werden Gedanken, die die Franzosen seit 1871 hatten, bei uns sein: Immer daran denken!

Rieser (D. Sp.): Die Reichssozialisten können die Unabhängigen nicht von ihren Reden ablassen und diese wieder, auch wenn sie wollten, nicht die Sozialisten. Es liegt hier, auch einmal einen militärischen Ausdruck zu gebrauchen, eine gewisse Unzufriedenheit vor. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Wir sind und bleiben eine liberale Partei, die nach rechts und links ihre volle Unabhängigkeit zu wahren entschlossen ist, genau so wie die frühere nationalliberale Partei. (Zuruf bei den Soz.: Doppelseitige Zustimmung! Große Heiterkeit.) Wir wollen keinen Frieden schließen, der von den Willkürlichen vierzehn Bedingungen abweicht. (Beifall bei der deutschen Volkspartei.)

Hg. Seeger (N. Soz.): Daß die deutsche Regierung kein Telegramm der russischen Regierung wegen Andoerung von Verhandlungen erhalten hat, ist nur formal richtig, denn die russische Regierung hat einen Punkt, den man alle erfüllen, der auch in Rußland aufgenommen ist. Die Nationalversammlung sollte dem Volke Frieden, Freiheit und Brot bringen, sie hat das Volk getäuscht. (Sehr richtig! bei den N. Soz.) Die Revolution marschiert und sie wird siegen.

Damit schließt die Debatte. Der Etat wird an den Hauptausgaben überwiesen.

Präsident Lehmann teilt mit, daß von den Hgg. Döwe, Gröber, von Bader, Graf Poladomski und Dr. Heinz ein Antrag eingegangen ist, in dem es heißt:

Das deutsche Volk, das die Last harter Waffenstillstandsbedingungen in der Erwartung eines baldigen Friedens auf sich nahm, das Anspruch auf einen Friedensvertrag, für den das von allen kriegführenden Staaten unabweislich als Grundlage angenommene Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika entspricht. Ein Rechtsstreit, der die Gefangenen befreit, die Hungernden erlöst, die beschien Gebiete freigibt, die Arbeit international fördert und uns keine jenseitigen Programmen widersprechenden Gebietsänderungen zumutet — ein solcher Frieden ist ebenso gewiß ein Segen der Menschheit, wie ein Zwangsfrieden ein Fluch bleiben würde. Der Wille des ganzen deutschen Volkes lehnt den Gewaltfrieden ab.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. (Es entfiel ein großer Lärm, den unabhängigen Sozialdemokraten werden für die russische Pfuirufe und Rufe: Raus, raus! zugerufen.) Hierauf wird auf einen weiteren Antrag der genannten Parteien, einen Ausschuss für die Friedensverhandlungen einzusetzen und in denselben die Präsidenten und 28 Mitglieder zu berufen, angenommen. Schluß gegen 10.

Nächste Sitzung: Freitag, 8 Uhr. (Anfragen, kleinere Votlagen.)

Ein Reichsstickstoffsyndikat.

Weimar, 10. April. Nachdem der Gedanke eines Handelsmonopols für Stickstoff im Reichstag auf Widerstand gestoßen war, ist unter Führung des Reichsfinanzministers ein Syndikat sämtlicher Erzeuger von Stickstoff in Deutschland ins Leben gerufen worden. Das Reich, das große Mittel in den Stickstoffwerken investiert hat, hat sich einen maßgebenden Einfluß auf die Leitung des Syndikats und die Gestaltung der Preise gesichert. Außerdem besteht die Absicht, nebenher noch eine Vereinigung der Verbraucher zu gründen. Obwohl die gesetzlichen Aufgaben der Nationalversammlung mit dieser Syndikats-

gründung nicht zu tun haben, hat die Regierung Wert darauf gesetzt, den Bericht der Nationalversammlung vorzulegen. Die Prüfung des Bertrages hat der Ausschuss für Volkswirtschaft übernommen. Die Verhandlungen haben heute begonnen und werden am Freitag fortgesetzt werden. Die Vertreter der Parteien haben sich bisher gut im Wege gehalten.

Genosse Robert Albert bittet um die Mitteilung, daß die in einigen Parteiblättern veröffentlichte Behauptung, er sei Witte März Delegierter der Sozialisten auf dem Kommunistenkongress in Moskau gewesen, vollständig erlogen ist. Seit seiner Rückkehr aus dem Felde habe er Deutschland überhaupt nicht verlassen.

Unter den Angestellten des Demobilisationsamts hat eine starke Erregung Platz gegriffen. Sie wollen vom Reichswirtschaftsministerium übernommen werden, und haben den dringenden Wunsch, sich zur Regelung der damit verbundenen Angelegenheiten mit dem Reichswirtschaftsminister durch ihren Ausschuss in Verbindung zu setzen. Dies soll aber, wie sie sagen, bisher durch einige Geheimräte verhindert worden sein. Es ist zu hoffen, daß durch eine ruhige Aussprache des Ausschusses mit dem Reichswirtschaftsminister die vorhandene Erregung gedämpft werden kann.

Der zweite Rätekongreß.

Dritte Sitzung vom 10. April 1919.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Der Berliner Generalstreik befreite ich, daß die in großen Massen der Arbeitererschaft zweifellos vorhandene Unzufriedenheit das Bedürfnis hatte, sich in einem Generalstreik auszuleben, und deshalb wurde von Seiten der Kommunisten und Unabhängigen seit Wochen systematisch durch Flugblätter und die Presse an der Herbeiführung des Generalstreiks gearbeitet. Daß man den Ausdruck gerade auf den 3. März ansetzte, war wohl auch nicht zufällig, da bekanntlich die preussische Regierung die Landesversammlung zum 4. März einberufen hatte. Wenn Herr Richard Müller erklärte, er hätte sich gegen den Antrag auf Verhängung des Streiks in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken gewendet, so kann er durch diese persönliche Stellungnahme

die Schuld von den Unabhängigen nicht abwachen, daß sie durch Fraktionsbeschlüsse diesen Antrag gestellt und durchgedrückt haben. Der Generalstreik war schon beschlossen, ehe überhaupt Regierungstruppen nach Berlin gekommen sind. Die große Mehrheit der Bevölkerung begrüßt das energische Vorgehen der Regierung. Uebergriffe der Regierungstruppen mögen vorgekommen sein, aber nur insofern der Erregung über die Uebergriffe von der anderen Seite.

Es liegen folgende Anträge vor. Ratskämmerer beantragt folgende Resolution:

Der Rätekongreß bedauert die Politik, die einen internationalen europäischen Zusammenschluß und damit die wichtigste Voraussetzung eines sozialistischen Bündnisses unmöglich macht. Er bedauert, daß das deutsche Volk in einen neuen Gegensatz zu dem französischen Volke hineingetrieben wird. Er verurteilt, daß der deutschen Öffentlichkeit wichtige Tatsachen über die deutsch-französischen Beziehungen vorenthalten oder entstellt wiedergegeben werden.

Die Unabhängigen Vrah, Geher und Rosenfeld haben folgenden Antrag eingebracht: Der Rätekongreß beschließt, unverzüglich eine aus 9 Personen bestehende Kommission aus seiner Mitte nach dem Sowjetrußland zu senden, um die dortigen Zustände einer objektiven Prüfung zu unterziehen. Ueber das Ergebnis dieser Studienreise ist dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten.

Schulze Hannover (Soldatenrat) wendet sich dagegen, daß man die Soldatenräte aufgeben wolle. In dem Kampfe um ihre Anerkennung sind die Soldatenräte unterlegen.

Der Redner wendet sich sodann gegen die Freiwilligenkorps und bespricht eingehend die Verpflegungs- und Entlohnungsverhältnisse. Die Regelung aller dieser Dinge gehört zu den wirtschaftlichen Aufgaben der Soldatenräte.

Geher-Weiß (N. Soz.): Ich habe einen unerhörten Vorgang zur Sprache zu bringen. Während einer unserer russischen Gäste einen Zwischenruf machte, erklärte ein Mitglied des Zentralrats: Man sollte die Kerle hinauswerfen.

(Beifall bei den N. Soz.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß die beiden angeklagten Russen keine Papiere haben, aus denen hervorgeht, daß sie irgendwelche Arbeiterräte in Rußland vertreten.

Schimmel (Soz.): Wenn die Sache so liegt, so können wir die beiden als Vertreter russischer Arbeiterräte auch nicht mehr betrachten.

Geher: Wie ich im Gespräch mit den beiden Genossen festgestellt habe, sind sie bei ihrem Uebertritt über die deutsche Grenze verhaftet worden; den Verhafteten hat man sodann ihre Mandate abgenommen.

Reiser, Zentralrat: Die Unabhängigen haben es durch ihre falsche Soldatenratspolitik ermöglicht, daß wir die so viel geschmähten Freiwilligenverbände haben. Sie wollen nur Regimente, gebildet aus Angehörigen der sozialistischen Parteien. Wenn hier gesagt wird, Regierung und Zentralrat hätten nichts getan, um die Damburger Punkte durchzuführen, so muß ich hier feststellen, daß sich der Zentralrat schon in seiner zweiten Sitzung mit dieser Materie befaßt hat, auch der Rat der Volksbeauftragten hand diesen Forderungen durchaus nicht ablehnend gegenüber. Gerade die unabhängigen Regierungsmitglieder waren es, die die größten Schwierigkeiten machten. (Beifall! Hörst! Hörst!) Als Augenzeuge kann ich sagen,

daß Ledebours Auftreten auf dem Schloßplatz so anstößend wie nur möglich war. Die Unabhängigen treten stets gegen den Grenzschutz auf. In Opreuchen haben sie ihn aber nicht nur gefordert, sondern ausdrücklich die Truppen zum Kampfe gegen den Bolschewismus verwenden wollen. Mit Entschiedenheit wendet sich der Redner gegen die unerschämten Verleumdungen, die von der rechten Seite, zuerst von der „Deutschen Tageszeitung“, gegen die Soldatenräte erhoben wurden.

Präsident Richard Müller teilt mit, daß das als Gast anwesende Mitglied der Nationalversammlung Davidsohn um das Wort bittet. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Unabhängigen sich gegen diese Worterhebung wendeten, wird dem Wunsch des Gastes entsprochen.

Davidsohn: Den Soldatenräten sind allerlei Vergehungs- und Unterlassungsfünden vorgeworfen. Genosse Schulze hat behauptet, es sei bis zum 10. Januar nichts für die Soldatenräte getan worden.

Das ist nicht wahr!

Das Erste und Wichtigste war die Finanzierung, ohne sie konnten die Soldatenräte nicht leben. Ihr Soldaten müßt lernen, fruchtbarer zu arbeiten. Ihr schimpft, schimpft und schimpft nochmals, aber ihr arbeitet nicht mit. Fruchtbare Arbeit ist aber notwendiger als alle langen Kongresse. (Beifall! Beifall bei der Mehrheit.)

Gröger (Soz.): Man hat die Listen einzelner Soldatenratsmitglieder verallgemeinert und sie dem ganzen Rat zur Last gelegt.

gründung nicht zu tun haben, hat die Regierung Wert darauf gesetzt, den Bericht der Nationalversammlung vorzulegen. Die Prüfung des Bertrages hat der Ausschuss für Volkswirtschaft übernommen. Die Verhandlungen haben heute begonnen und werden am Freitag fortgesetzt werden. Die Vertreter der Parteien haben sich bisher gut im Wege gehalten.

Genosse Robert Albert bittet um die Mitteilung, daß die in einigen Parteiblättern veröffentlichte Behauptung, er sei Witte März Delegierter der Sozialisten auf dem Kommunistenkongress in Moskau gewesen, vollständig erlogen ist. Seit seiner Rückkehr aus dem Felde habe er Deutschland überhaupt nicht verlassen.

Unter den Angestellten des Demobilisationsamts hat eine starke Erregung Platz gegriffen. Sie wollen vom Reichswirtschaftsministerium übernommen werden, und haben den dringenden Wunsch, sich zur Regelung der damit verbundenen Angelegenheiten mit dem Reichswirtschaftsminister durch ihren Ausschuss in Verbindung zu setzen. Dies soll aber, wie sie sagen, bisher durch einige Geheimräte verhindert worden sein. Es ist zu hoffen, daß durch eine ruhige Aussprache des Ausschusses mit dem Reichswirtschaftsminister die vorhandene Erregung gedämpft werden kann.

Der zweite Rätekongreß.

Dritte Sitzung vom 10. April 1919.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Der Berliner Generalstreik befreite ich, daß die in großen Massen der Arbeitererschaft zweifellos vorhandene Unzufriedenheit das Bedürfnis hatte, sich in einem Generalstreik auszuleben, und deshalb wurde von Seiten der Kommunisten und Unabhängigen seit Wochen systematisch durch Flugblätter und die Presse an der Herbeiführung des Generalstreiks gearbeitet. Daß man den Ausdruck gerade auf den 3. März ansetzte, war wohl auch nicht zufällig, da bekanntlich die preussische Regierung die Landesversammlung zum 4. März einberufen hatte. Wenn Herr Richard Müller erklärte, er hätte sich gegen den Antrag auf Verhängung des Streiks in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken gewendet, so kann er durch diese persönliche Stellungnahme

die Schuld von den Unabhängigen nicht abwachen, daß sie durch Fraktionsbeschlüsse diesen Antrag gestellt und durchgedrückt haben. Der Generalstreik war schon beschlossen, ehe überhaupt Regierungstruppen nach Berlin gekommen sind. Die große Mehrheit der Bevölkerung begrüßt das energische Vorgehen der Regierung. Uebergriffe der Regierungstruppen mögen vorgekommen sein, aber nur insofern der Erregung über die Uebergriffe von der anderen Seite.

Es liegen folgende Anträge vor. Ratskämmerer beantragt folgende Resolution:

Der Rätekongreß bedauert die Politik, die einen internationalen europäischen Zusammenschluß und damit die wichtigste Voraussetzung eines sozialistischen Bündnisses unmöglich macht. Er bedauert, daß das deutsche Volk in einen neuen Gegensatz zu dem französischen Volke hineingetrieben wird. Er verurteilt, daß der deutschen Öffentlichkeit wichtige Tatsachen über die deutsch-französischen Beziehungen vorenthalten oder entstellt wiedergegeben werden.

Die Unabhängigen Vrah, Geher und Rosenfeld haben folgenden Antrag eingebracht: Der Rätekongreß beschließt, unverzüglich eine aus 9 Personen bestehende Kommission aus seiner Mitte nach dem Sowjetrußland zu senden, um die dortigen Zustände einer objektiven Prüfung zu unterziehen. Ueber das Ergebnis dieser Studienreise ist dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten.

Schulze Hannover (Soldatenrat) wendet sich dagegen, daß man die Soldatenräte aufgeben wolle. In dem Kampfe um ihre Anerkennung sind die Soldatenräte unterlegen.

Der Redner wendet sich sodann gegen die Freiwilligenkorps und bespricht eingehend die Verpflegungs- und Entlohnungsverhältnisse. Die Regelung aller dieser Dinge gehört zu den wirtschaftlichen Aufgaben der Soldatenräte.

Geher-Weiß (N. Soz.): Ich habe einen unerhörten Vorgang zur Sprache zu bringen. Während einer unserer russischen Gäste einen Zwischenruf machte, erklärte ein Mitglied des Zentralrats: Man sollte die Kerle hinauswerfen.

(Beifall bei den N. Soz.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß die beiden angeklagten Russen keine Papiere haben, aus denen hervorgeht, daß sie irgendwelche Arbeiterräte in Rußland vertreten.

Schimmel (Soz.): Wenn die Sache so liegt, so können wir die beiden als Vertreter russischer Arbeiterräte auch nicht mehr betrachten.

Geher: Wie ich im Gespräch mit den beiden Genossen festgestellt habe, sind sie bei ihrem Uebertritt über die deutsche Grenze verhaftet worden; den Verhafteten hat man sodann ihre Mandate abgenommen.

Reiser, Zentralrat: Die Unabhängigen haben es durch ihre falsche Soldatenratspolitik ermöglicht, daß wir die so viel geschmähten Freiwilligenverbände haben. Sie wollen nur Regimente, gebildet aus Angehörigen der sozialistischen Parteien. Wenn hier gesagt wird, Regierung und Zentralrat hätten nichts getan, um die Damburger Punkte durchzuführen, so muß ich hier feststellen, daß sich der Zentralrat schon in seiner zweiten Sitzung mit dieser Materie befaßt hat, auch der Rat der Volksbeauftragten hand diesen Forderungen durchaus nicht ablehnend gegenüber. Gerade die unabhängigen Regierungsmitglieder waren es, die die größten Schwierigkeiten machten. (Beifall! Hörst! Hörst!) Als Augenzeuge kann ich sagen,

daß Ledebours Auftreten auf dem Schloßplatz so anstößend wie nur möglich war. Die Unabhängigen treten stets gegen den Grenzschutz auf. In Opreuchen haben sie ihn aber nicht nur gefordert, sondern ausdrücklich die Truppen zum Kampfe gegen den Bolschewismus verwenden wollen. Mit Entschiedenheit wendet sich der Redner gegen die unerschämten Verleumdungen, die von der rechten Seite, zuerst von der „Deutschen Tageszeitung“, gegen die Soldatenräte erhoben wurden.

Präsident Richard Müller teilt mit, daß das als Gast anwesende Mitglied der Nationalversammlung Davidsohn um das Wort bittet. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Unabhängigen sich gegen diese Worterhebung wendeten, wird dem Wunsch des Gastes entsprochen.

Davidsohn: Den Soldatenräten sind allerlei Vergehungs- und Unterlassungsfünden vorgeworfen. Genosse Schulze hat behauptet, es sei bis zum 10. Januar nichts für die Soldatenräte getan worden.

Das ist nicht wahr!

Das Erste und Wichtigste war die Finanzierung, ohne sie konnten die Soldatenräte nicht leben. Ihr Soldaten müßt lernen, fruchtbarer zu arbeiten. Ihr schimpft, schimpft und schimpft nochmals, aber ihr arbeitet nicht mit. Fruchtbare Arbeit ist aber notwendiger als alle langen Kongresse. (Beifall! Beifall bei der Mehrheit.)

Gröger (Soz.): Man hat die Listen einzelner Soldatenratsmitglieder verallgemeinert und sie dem ganzen Rat zur Last gelegt.

gründung nicht zu tun haben, hat die Regierung Wert darauf gesetzt, den Bericht der Nationalversammlung vorzulegen. Die Prüfung des Bertrages hat der Ausschuss für Volkswirtschaft übernommen. Die Verhandlungen haben heute begonnen und werden am Freitag fortgesetzt werden. Die Vertreter der Parteien haben sich bisher gut im Wege gehalten.

Genosse Robert Albert bittet um die Mitteilung, daß die in einigen Parteiblättern veröffentlichte Behauptung, er sei Witte März Delegierter der Sozialisten auf dem Kommunistenkongress in Moskau gewesen, vollständig erlogen ist. Seit seiner Rückkehr aus dem Felde habe er Deutschland überhaupt nicht verlassen.

Unter den Angestellten des Demobilisationsamts hat eine starke Erregung Platz gegriffen. Sie wollen vom Reichswirtschaftsministerium übernommen werden, und haben den dringenden Wunsch, sich zur Regelung der damit verbundenen Angelegenheiten mit dem Reichswirtschaftsminister durch ihren Ausschuss in Verbindung zu setzen. Dies soll aber, wie sie sagen, bisher durch einige Geheimräte verhindert worden sein. Es ist zu hoffen, daß durch eine ruhige Aussprache des Ausschusses mit dem Reichswirtschaftsminister die vorhandene Erregung gedämpft werden kann.

Der zweite Rätekongreß.

Dritte Sitzung vom 10. April 1919.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

